



## Perspektiven auf Pegida

Die rassistische ‚Mitte‘ der Gesellschaft tritt aus den Wohnzimmern in die Öffentlichkeit: Zehntausende Menschen folgten seit Herbst 2014 der rassistischen Mobilmachung der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida). Das aktuelle DISS-Journal setzt sich mit Pegida im Osten und im Westen sowie mit dem rechten Sammelbecken Alternative für Deutschland (AfD) auseinander.

Negativ betroffen von der rassistischen Stimmungsmache sind vor allem auch Geflüchtete und Einwandernde. Heiko Kauffmann von Pro Asyl bezieht Stellung gegen die tödliche europäische Flüchtlingspolitik. Margarete Jäger und Iris Tonks fordern einen grundsätzlichen Perspektivwechsel im medialen Einwanderungsdiskurs. Siegfried Jäger setzt sich kritisch mit der Diskursforschung auseinander und Anna-Lena Dießelmann stellt eine Diskursanalyse der Proteste anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm 2007 vor. Außerdem im Heft: eine diskurspraktische Initiative zur deutschen Berichterstattung über Griechenland.

### Aus dem Inhalt

Pegida als  
sächsisches Phänomen

Pegida im Westen:  
Zu viele Köche  
verderben den Brei

Der (Rechts-)Populis-  
mus und die AfD

Die Opfer europäischer  
Flüchtlingspolitik:  
Schluss mit der  
Barbarei

Einwanderung aus  
Südosteuropa,  
Diskursanalyse lokaler  
Medien

Diskursforschung:  
Was soll das, soll sie  
was?

Diskursanalyse:  
G8-Gipfel in  
Heiligendamm

Für eine faire Be-  
richterstattung über  
Griechenland

### Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duis-  
burger Institut für Sprach-  
und Sozialforschung (DISS)  
Siegstr. 15, 47051 Duisburg  
Tel.: 0203/20249  
Fax: 0203/287881  
info@diss-duisburg.de  
www.diss-duisburg.de  
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion:  
Robin Heun, Margarete  
Jäger, Siegfried Jäger, Helmut  
Kellershohn, Rolf van  
Raden, Hans Uske, Maren  
Wenzel

Layout und Satz: Hans Uske,  
Rolf van Raden

Schutzgebühr: 4 EUR  
kostenfrei für Mitglieder des  
DISS-Förderkreises

# Pegida als sächsisches Phänomen

Von Michael Nattke und Anna Gorskih

**Während Pegida außerhalb Sachsens nie so recht hat Fuß fassen können, bringen das Original in Dresden und seine Ableger in Sachsen nach wie vor regelmäßig eine große Anzahl von Menschen auf die Straße. Auch wenn beim Auftritt von Geert Wilders mit knapp 10.000 Teilnehmer\_innen im April 2015, die eigenen Erwartungen weit verfehlt wurden, gab es bis Redaktionsschluss keine einzige Pegida-Demonstration in Dresden, an welcher nicht wenigstens eine vierstellige Zahl von Demonstrant\_innen dem Aufruf von Lutz Bachmann folgte.**

Pegida startete als die außerparlamentarische Opposition einer neuen konformistischen Rechten in der Bundesrepublik. Mit Sarrazins Erfolg und insbesondere mit dem Aufstieg der AfD sind rassistische und nationalchauvinistische Positionen wieder zu einem ernstzunehmenden Diskursgegenstand außerhalb von Neonazi-Milieus geworden. Auch wenn es nur vereinzelte personelle Überschneidungen gab, ist der Aufstieg von Pegida nicht ohne den Aufstieg der AfD, ihren Einzug in den sächsischen Landtag und den derzeitigen Niedergang der NPD zu verstehen. Pegida-Mitbegründerin Katrin Oertel sagte nach einem Gespräch mit der AfD-Landesspitze im Januar dieses Jahres, dass man „viele gemeinsame Schnittmengen festgestellt“ habe. Auch ist es wenig überraschend, dass der Anteil der AfD-Wähler\_innen unter den Pegida-Demonstrant\_innen überproportional hoch ist. Laut einer Befragung von Beginn des Jahres 2015 würden bis zu 89 Prozent der Pegida-Demonstrant\_innen die AfD wählen (vgl. Daphni u.a. 2015).

Im Kontext der Etablierung einer konformistischen Rechten in Gestalt der AfD und von Pegida ist auch die zum Fetisch avancierte „Dialogbereitschaft“ der etablierten Parteien und Entscheidungsträger\_innen gegenüber Pegida zu verstehen. Der Fraktionschef der CDU im sächsischen Landtag etwa verkündete, dass er nicht der Meinung sei, „dass eine komplette Ausgrenzung der AfD für die Union langfristig sinnvoll ist.“ Zum Positionspapier von Pegida ergänzte er: „Einige Punkte davon könnte ich sofort unterschreiben.“ (Zit. nach <http://jungle-world.com/artikel/2015/07/51414.html>; Abruf: 29.04.2015) Berührungspunkte gegenüber dem Gespräch mit Pegida und ihrem Anhang, wie sie auf Bundesebene vorherrschen, hat es auf Seiten des politischen Establishments in Sachsen nie gegeben.

Wer in Sachsen nicht als dogmatischer „Linksextremist“ aus dem Diskurs ausgeschlossen werden wollte, organisierte Dialogforen, betonte, dass man mit seiner Arbeit schon seit Jahren den Dialog suche und befördere, und zeigte Verständnis für die angeblich vielen Fragen und Sorgen der „Bürger\_innen“, die an jedem Montag mit „Lügenpresse“-Sprechchören und „Wir sind das Volk!“ durch die Straßen zogen. Selbst zivilgesellschaftliche Bündnisse, wie z.B. der Verein „Dresden für alle“ biedernten sich dem Pegida-Anhang an. Diejenigen, die mit oder ohne Pegida gegen Flüchtlingsunterkünfte demonstrieren, wolle man ernst nehmen, sie „in Gesprächsrunden holen“ und sie dazu animieren sich einzubringen, sagten Sprecher\_innen von „Dresden für alle“ gegenüber der Presse (vgl. Weller 2015). An der Spitze der Dialogführer fand sich immer wieder der „Wendeheld“ und Geschäftsführer der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung Frank Richter. Richter, ein ehemaliger Priester, ist der Meinung, dass man mit allen reden solle und müsse. Er verwechselt hier die seelsorgerische Verantwortung eines Priesters mit der gesellschaftspolitischen des Direktors der Landeszentrale. In der Vergangenheit hat er auch die NPD auf öffentliche Podien eingeladen. Er stellte Pegida nicht nur seine Räume für eine Pressekonferenz zur Verfügung, die er moderierte, sondern lud über die Presseverteiler des Hauses

auch gleich die Journalist\_innen ein. Seite an Seite mit konservativen Politikwissenschaftler\_innen wie Werner Patzelt von der TU Dresden, betonte Richter immer wieder, dass der Großteil der Pegida-Demonstrant\_innen keine Rassist\_innen seien, und erteilte ihnen damit den Persilschein zur gleichberechtigten Teilnahme an politischen Diskussionen.

## Neurechte Vordenker\_innen

Die interne Debatte über die strategische Ausrichtung und die inhaltliche Ausgestaltung von Pegida haben derweil längst die gängigen Wortführer der Neuen Rechten in der Bundesrepublik übernommen. Das Who-is-Who des neurechten Spektrums ist inzwischen in unterschiedlichen Konstellationen als Redner\_innen bei Pegida-Demonstrationen und deren Ablegern aufgetreten. Im April lud das verschwörungstheoretische COMPACT-Magazin von Jürgen Elsässer zu einem Gespräch mit Götz Kubitschek, dem leitenden Redakteur der *Sezession*, und Katrin Oertel unter der Überschrift „Pegida – wie weiter?“ vor rund 150 Zuhörer\_innen nach Dresden ein. Kubitschek stellte auf dieser Veranstaltung fest, dass er „Teil dieser großen Volksbewegung geworden [ist], ohne sie zu dominieren“. Der größte Erfolg von Pegida ist seiner Ansicht nach die Erweiterung des Resonanzraums, den er als eine politische Kampfzone versteht. Pegida als Volksbewegung sei angetreten, um „von unten“, den „Widerstand gegen eine von oben aufgelegte Ordnung“ zu führen. Laut Kubitschek komme es nun darauf an, die Formen dieses Widerstandes zu variieren und dass aus Pegida heraus langfristige Strukturen für diesen Widerstand geschaffen würden. „Der Zorn“,

---

„Das Neue an den Entwicklungen der letzten beiden Jahre ist, dass die rassistische Mitte unserer Gesellschaft aus den Wohnzimmern in die Öffentlichkeit tritt und ihre Meinung offen artikuliert. Ihr Ruf „Wir sind das Volk“ bemüht den Slogan der DDR-Bürgerrechtsbewegung von 1989, transformiert ihn aber in einen völkisch-nationalistischen Kontext.“

---



PEGIDA-Demonstration im Mai 2015 in Dresden.

Bildquelle: Kulturbüro Sachsen e.V.

so Kubitschek, „muss nach innen gerichtet werden.“ Es geht ihm darum, daraus eine Systemkritik zu formen, die sich entweder reformerisch oder revolutionär Geltung verschafft.

### Das gesellschaftliche Umfeld

Eingebettet ist das sächsische Phänomen Pegida in ein Umland, das durch die Fokussierung auf die Dresdner Demonstrationen schnell in Vergessenheit gerät. Seit über einem halben Jahr protestieren Woche für Woche Hunderte an unterschiedlichen Orten in Sachsen gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften in ihren Orten. Dazu kommt eine massive Zunahme der rassistischen Gewalt und der Übergriffe von Neonazis (vgl. Beratungsstelle 2015). Zumindest im Osten der Republik ist dies die größte Demonstrations- und Protestwelle in Deutschland seit den Hartz IV-Protesten im Jahr 2001 und den Demonstrationen am Ende der DDR im Jahr 1989. Insbesondere im Osten der Republik ist der Slogan „Wir sind das Volk!“ einer der meistverwendeten, nicht nur bei Pegida, sondern auch bei diesen Protesten. Auch wenn wir es nicht

mit Massenaufmärschen zu tun haben, sind die Menschen, die gegen Asylsuchende auf die Straße gehen, keine Minderheit. Sie sind durchschnittlich gebildet, haben Jobs und Familien. Es sind die gleichen Menschen, die auch bei Pegida auf die Straße gehen. Nur ein Teil von ihnen gehört Neonazi-Strukturen oder anderen gesellschaftlichen Randgruppen an. Seit über 20 Jahren zeigen unterschiedliche Einstellungsstudien immer wieder, dass mindestens ein Viertel der deutschen Bevölkerung rassistische Positionen teilt (vgl. Decker u.a. 2014, 35ff.) und etwa die Hälfte ablehnend gegenüber Asylsuchenden eingestellt ist (vgl. Heitmeyer 2012, 15ff.). Menschenrechtsorientierte Gruppen und Vereine, die sich mit Rechtsextremismus, Diskriminierung und Rassismus auseinandersetzen, haben seit vielen Jahren auf den weit verbreiteten Rassismus in der deutschen Gesellschaft hingewiesen. Das Neue an den Entwicklungen der letzten beiden Jahre ist, dass die rassistische Mitte unserer Gesellschaft aus den Wohnzimmern in die Öffentlichkeit tritt und ihre Meinung offen artikuliert. Ihr Ruf „Wir sind das Volk“ bemüht den Slogan der DDR-Bürgerrechtsbewegung von 1989,

transformiert ihn aber in einen völkisch-nationalistischen Kontext.

### Aktivitäten gegen Pegida

Optimistisch stimmen Aktivitäten, die sich gegen Pegida richten. Anfang Mai zogen 4.000 Menschen auf einer sogenannten Tolerade durch die Dresdner Innenstadt und feierten anschließend ein Festival in einem der größten Techno-Clubs der Stadt. Die Organisator\_innen der Veranstaltung waren Party-Veranstalter\_innen, Clubbetreiber\_innen, DJs, Künstler\_innen und kollektive Soundsysteme. Ziel der Tolerade war eine Positionierung eben dieser Organisator\_innen, der Szene und ihrer Crowd für eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten und eine klare Absage gegenüber Rassismus. Der überwiegende Teil derjenigen, die seit Monaten mit Solidarity Geld für ihre Parade gesammelt und sie letztlich auf die Beine gestellt haben, war in der Vergangenheit nicht politisch in Erscheinung getreten. Mit Pegida verschoben sich in den letzten Monaten die Wertesysteme und damit auch die bis dahin geltende gesellschaftliche Normalität zum Thema Antirassismus. Das gab den Ausschlag für



Sebastian Reinfeldt

### „Wir für Euch“

Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise

Edition DISS Bd. 33; Münster: Unrast  
144 S., 16 Euro.

Wie prägen und begründen diskursive Muster, die rechtspopulistischen Parteien und Strömungen zugerechnet werden können, den politischen Diskurs zur Finanzkrise und die politischen Entscheidungen? Wie verändern sich dadurch die Machtverhältnisse und die Demokratie – samt unserer Vorstellungen davon, was Demokratie eigentlich ist?

Die Inszenierung der europäischen Finanzkrise als permanenter Notstand bietet der rechtspopulistischen Interpretation eine tägliche Bühne, auf der rassistische Ein- und Ausschließungen und autoritäre Politikmuster vorgestellt und propagiert werden.

Zugleich übersetzt die Regierungspolitik der hegemonialen EU-Staaten – untersucht werden insbesondere Deutschland und Österreich – diesen inszenierten Notstand und seine rechtspopulistischen ›Begründungen‹ in eine Politik, die eine nationale Einheit im Zuge der Krise herstellt und die die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse in Europa dauerhaft verändert. Die Verfahrensweisen der Demokratie scheinen dabei ihre Substanz zu verlieren und sie laufen leer. So werden sie zunehmend durch autoritäre und populistische Plebiszite ersetzt – was eines der Hauptanliegen des rechten Populismus ist.



Pegida-Demonstration im Mai 2015 in Dresden.

Bild: Kulturbüro Sachsen e.V.

das Handeln dieser Gruppe und ihre erste öffentlich wahrnehmbare Aktion, die Tolerade. Die Gruppe wird weiter arbeiten und plant weitere Aktionen. Neben der Tolerade haben auch zahlreiche andere Akteur\_innen in Dresden in den letzten Monaten ihre Politisierung erlebt oder haben sich öffentlich positioniert. Insbesondere Kunstschaffende, Theater und Kultur haben festgestellt, dass sie in einer demokratischen Gesellschaft eine politische Rolle haben, eine Haltung einnehmen und diese mit Leben füllen müssen. In ganz Sachsen werden immer mehr Menschen aktiv, um Geflüchtete zu unterstützen. Sie bilden

eine neue und vielfältige Gegenbewegung zur rassistischen Stimmungsmache von Pegida und seinen Ablegern (vgl. Kleiner 2015). In linksalternativen Kreisen gelingt seit Pegida gar die tatsächliche Einbindung von Geflüchteten in die politische Arbeit. Es gibt mehrsprachige Plena und Diskussionsrunden. Geflüchtete werden an ihren Unterkünften zu gemeinsamen Demonstrationen und Aktionen abgeholt. Pegida wirkte als Katalysator für diejenigen, die dem ansteigenden Zuzug von Menschen aus den Krisenregionen der Welt nicht länger tatenlos zusehen und ihre Unterstützung anbieten wollen.

### Literatur

Beratungsstelle 2015: Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt der RAA Sachsen e.V.: Erneut Anstieg rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt (Presseerklärung v. 24.02.). <https://www.raa-sachsen.de/index.php/pressemitteilung/pressemitteilung-der-opferberatung-fuer-betroffene-recht.html> (Abruf: 30.04.)

Daphni, Prisca u.a. 2015: Protestforschung am Limit: Eine soziologische Annäherung an Pegida, Berlin.

Decker, Oliver u.a. 2014: Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Leipzig.

Heitmeyer, Wilhelm 2012: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem unsicheren Jahrzehnt, in: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 10, Berlin, S. 15-40.

Kleiner, Bernd 2015: Immer mehr Menschen werden aktiv, um Flüchtlingen zu helfen, in: Der Paritätische 02/2015, S. 20f.

Weller, Andreas 2015: Bis Dresden weltoffen ist, in: Sächsische Zeitung v. 02.05., <http://www.sz-online.de/nachrichten/bis-dresden-weltoffen-ist-3094799.html> (Abruf: 04.05.)

*Michael Nattke ist Fachreferent beim Kulturbüro Sachsen e.V.; seit 2014 Moderation der Fachkommission „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ im Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen.*

*Anna Gorskih studiert Sozialwissenschaften und Philosophie in Leipzig, im Rahmen eines Praktikums beim Kulturbüro Sachsen leistete sie Rechercharbeiten zu Pegida.*

# Pegida im Westen: Zu viele Köche verderben den braunen Brei

Ein Blick auf die nordrhein-westfälischen Pegida-Ableger

Von Maren Wenzel

**Dügida, Kögida, Mögida, Bogida, Pegida NRW – Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ treten im Westen Deutschlands mit den unterschiedlichsten Namen auf. Genauso breit gefächert sind die extrem rechten Organisationen und Strömungen, die die „Abendspaziergänge“ in NRW für ihre Zwecke nutzen wollten. Pro NRW, die militante Neonazi-Partei Die Rechte, die rechtspopulistische AfD, die Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa), die German Defence League: Die Kundgebungen von Pegida und Co. in Nordrhein-Westfalen sind ein Sammelbecken extrem rechter Ideologien. Stärker als etwa in Leipzig oder Dresden fühlten sich Teilnehmer\*innen, die sich selbst in der sogenannten Mitte der Gesellschaft verorten, vereinnahmt und blieben den Demonstrationen fern. Das Ergebnis sind stetig sinkende Teilnehmer\*innenzahlen. Das liegt unter anderem an der Zersplitterung in konkurrierende Veranstaltungen und an den Machtkämpfen zwischen den Pegida-Ablegern.**

Seit Dezember 2014 versuchten rechte Aktivist\*innen, mit an Pegida angelehnten Veranstaltungen auch im Westen der Republik Fuß zu fassen. Den Beginn machte eine Demonstration in Düsseldorf. Als Organisator trat Alexander Heumann auf, seines Zeichens AfD-Mitglied und Gründer des rechten AfD-internen Bündnisses „Patriotische Plattform“<sup>1</sup>. Dabei knüpfte der AfD-Politiker Bande zu rechten Hooligans: Heumann trat mehrfach bei HoGeSa-Demonstrationen als Redner auf. Im Rahmen eines „außerparlamentarischen Untersuchungsausschusses“ versuchte er die HoGeSa-Ausschreitungen vom Oktober 2014 in Köln zu relativieren. Seit Beginn der islamfeindlichen Pegida-Demonstrationen in NRW laufen immer auch HoGeSa-Anhänger\*innen mit.

## Sammelbecken für Neonazis

Nach Konflikten um ihre Pressesprecherin Melanie Dittmer zogen sich Alexander Heumann und seine Frau Angela aus dem Organisator\*innenstab der Düsseldorfer Demonstrationen zurück. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Kundgebungen in Düsseldorf, Köln und Bonn federführend von Melanie Dittmer selbst organisiert. Dittmer war damals noch

1 Burger, Reiner (2015): „Schwarze Pädagogik, die wir nicht nötig haben“. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.01.2015.

Mitglied von Pro NRW und schaut auf eine Vergangenheit als ehemaliges Landesvorstandsmitglied der Jungen Nationaldemokraten (JN) zurück. Auf Kundgebungen in Düsseldorf forderte die extrem rechte Aktivistin eine patriotische antiislamische Einheitsfront, was eine offene Einladung an Neonazis war, an den Kundgebungen in Köln, Bonn und Düsseldorf teilzunehmen. Im Gegensatz zu den Pegida-Bannern in Dresden war in Düsseldorf auf Veranlassung von Dittmer auf dem Fronttransparent anfangs auch kein Hakenkreuz zu sehen, das in den Mülleimer wandert. Damit knüpften die von Dittmer organisierten Demonstrationen weniger als die in Leipzig und Dresden stattfindenden Demonstrationen an die Extremismus-Theorie an. Während sich viele Aktivist\*innen auf der ursprünglichen Pegida-Demonstration bemühten, rassistische und andere menschenfeindliche Einstellungen als begründete Ängste aus der „Mitte der Gesellschaft“ darzustellen, wollten die Dittmer-Demos in NRW von Anfang an deutlich machen, dass das „Volk“ in Wirklichkeit rechts stehe. Die offene Forderung nach einem Bündnis mit Neonazis schreckte Pegida-Anhänger\*innen

2 Brekemann, Alexander (2014): „Ich kann das...“ Melanie Dittmer: eine extrem rechte Aktivistin unter der Lupe. Lotta – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen vom 01.11.2015.

ab, die ihre islamfeindlichen und rassistischen Einstellungen als gesellschaftlich mehrheitsfähig ansehen, und die deshalb nicht in eine Ecke mit den Neonazis gestellt werden wollten. Immer wieder beklagten sie im Internet, dass die Demonstrationen in Düsseldorf und Köln von Pro NRW unterwandert seien.

Während die Massen angesichts dieser Ausrichtung den Dittmer-Demos fern blieben, kam es im Januar auch zum internen Bruch. So spalteten sich die rechten Aktivisten Sebastian Nobile und Marco Carta-Probach ab, indem sie nun unter dem Namen Pegida NRW zu Kundgebungen nach Duisburg mobilisierten. Auch die Dresdener Pegida-Organisator\*innen distanzieren sich von der Person Melanie Dittmer und von Pro NRW. Nachdem Dittmer mehrfach ausländerfeindliche Parolen auf den Dügida-Kundgebungen skandiert hatte, verbietet die Polizei Dittmer seit März öffentliche Reden sowie die Versammlungsleitung.

Ein Neustart ohne Melanie Dittmer mit einem weniger offen extrem rechten Auftreten – das war das Ziel der neuen Demos unter dem Namen Pegida NRW in Duisburg. Ein Debakel wie in Düsseldorf sollte vermieden werden. So verkündeten die Organisatoren, „Rechtsextremisten“ würden von den nun in Duisburg stattfindenden Abendspaziergängen ausgeladen. Sie selbst meinte Sebastian Nobile damit allerdings nicht, obwohl er noch 2013 als Bundestagskandidat für Pro Deutschland angetreten und jahreslanges Mitglied bei der islamfeindlichen Gruppe „German Defence League“ war.<sup>3</sup> Etwa 600 selbsternannte Patriot\*innen kamen zur ersten Demonstration in Duisburg, der Zulauf blieb damit weit hinter dem im Osten der Republik zurück. Die Abspaltung von Pegida NRW senkte zudem die

3 Saal, Ulla (2015): Hinter der Pegida-Demo in Duisburg steckt Sebastian Nobile. Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 19.01.2015.



Helmut Kellershohn  
(Hg.)  
**Die »Deutsche Stimme der Jungen Freiheit«**  
Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten  
Edition DISS Bd. 23  
330 Seiten, 28 EUR

Die »Junge Freiheit« steht für das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die »Dekadenz« verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine »konservative Basisbewegung« und unterstützt rechtspopulistische Parteiensätze. Das Parteiorgan der NPD, die »Deutsche Stimme«, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer »Fundamentalopposition von Rechts«, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das »System« stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper /  
Helmut Kellershohn /  
Martin Dietzsch (Hg.)  
**Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen**  
Edition DISS Bd. 28,  
Münster: Unrast  
288 S., 19,80 Euro

In den vergangenen Jahren ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Es stellt sich die Frage, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.



**Später doch Extremismustheorie von rechts: Dügida in Düsseldorf am 19.01.2015**

Teilnehmer\*innenzahlen in Düsseldorf, wo Dittmer weiterhin vergeblich versuchte, das Projekt Dügida fortzusetzen.

Auch die Partei Die Rechte, hervorgegangen aus der verbotenen Kameradschaft Nationaler Widerstand Dortmund (NWDO), sah jetzt ihre Chance in der Pegida-Bewegung in Duisburg mitzumischen. Beim dritten Aufmarsch ergriff Neonazi-Kader Michael Brück das Mikro und warb für „Toleranz für die rechte Bewegung“. Wenig später forderte ein anderer Pegida-Teilnehmer auf der Bühne jedoch Solidarität mit Israel und sprach sich gegen Antisemitismus aus. Zu viel für die Dortmunder Neonazis, die mit Pöbeleien und Zwischenrufen widersprachen. Nach tumultartigen Szenen kam es schließlich zum Zerwürfnis. Die Pegida-NRW-Organisatoren forderten die militanten Neonazi-Aktivisten der Partei Die Rechte auf, die Demo zu verlassen.

### Rechtspopulistische Redner\*innen

Allerdings konnten die Organisator\*innen mit Maßnahmen wie diesen nicht verhindern, dass sich auch immer mehr Teilnehmer\*innen, die sich selbst als bürgerlich verstehen, von den Kundgebungen abwendeten. Trotzdem versuchte Pegida NRW weiter, sich am Vorbild von Dresden zu orientieren. Ähnlich wie dort luden die Duisburger Organisator\*innen Redner\*innen ein, die rechtspopulistische, antifeministische und antimuslimische Thesen auf

den Kundgebungen verbreiteten. Bereits im Dezember 2014 stand bei der Bogida-Kundgebung in Bonn Akif Pirinçci auf der Bühne und las aus seinem Buch „Deutschland von Sinnen“. Nachdem der Dompropst Norbert Feldhoff entschied, während einer Kögida-Demonstration die Lichter des Kölner Doms auszuschalten, hielt in Duisburg der Emmericher Pfarrer Paul Spätling im Priestergewand eine antimuslimische Rede. Der katholische Pfarrer sprach von einem „Einfall des Islams in Europa vor 1400 Jahren“ und lobte, dass sich die Christen damals verteidigt hätten. Außerdem kritisierte er Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür, dass sie gesagt hatte, der Islam gehöre zu Deutschland. Das Bistum Münster entzog dem Pfarrer darauf die Predigtbefugnis und distanzierte sich.

Nach 14 „Abendspaziergängen“ rund ums Carré vor dem Duisburger Hauptbahnhof marschieren inzwischen nur noch wenige hundert Patriot\*innen mit. In Köln fanden sich Mitte Mai sogar nur 15 Teilnehmer zusammen und durften nicht einmal loslaufen – zu klein war der Zulauf. In Bonn finden schon seit Ende Dezember gar keine Demonstrationen mehr statt. Im April kündigte Melanie Dittmer zudem an, in nächster Zeit werde es keine Demonstrationen mehr in Düsseldorf geben. Nachdem zuletzt nur 50 Teilnehmer\*innen dem Aufruf folgten, mobilisiert die extrem rechte Aktivistin jetzt wieder nach Duisburg – allen Spaltungstendenzen zum Trotz. Ihre ehemaligen Rivalen und Mitorga-

nisatoren Sebastian Nobile und Marco „Carta“ haben sich inzwischen aus dem Organisationsteam von Pegida NRW zurückgezogen.

Im Westen waren die Gegenproteste im Gegensatz zu Sachsen aufgrund der kleinen Pegida-Demonstrationen zahlenmäßig stets überlegen. Bei der ersten Veranstaltung in Düsseldorf Anfang Dezember 2014 standen den etwa 400 selbsternannten Patriot\*innen etwa 1.100 Gegendemonstrant\*innen gegenüber. Die Gegenproteste wurden von Antifagruppen, Parteien und Gewerkschaften gemeinsam getragen.<sup>4</sup> Zum ersten Spaziergang von Pegida NRW in Duisburg demonstrierten 4.000 Menschen gegen etwa 600 Pegida-Anhänger\*innen. Anders als in Düsseldorf, wo Parteien, antifaschistische Gruppen und Gewerkschaften gemeinsam auf die Straße gingen, schlossen sich in Duisburg linker Protest und übrige zivilgesellschaftliche Initiativen nicht zusammen. Unter der Losung „Wir sind Duisburg“ luden Oberbürgermeister Sören Link, das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage und der DGB am 19. Januar in die Duisburger Innenstadt, während Pegida NRW vor dem Hauptbahnhof demonstrierte. Diese Demonstration blieb die einzige zivilgesellschaftliche Gegenaktion in Duisburg. Ein paar hundert Meter entfernt demonstrierte zwei Mal die „Initiative gegen Duisburger Zustände“ gegen den Rassismus von Pegida, aber gleichzeitig auch gegen Islamismus, Volk und Umma. Am Duisburger Hauptbahnhof stellen sich seit der ersten Kundgebung von Pegida NRW das Bündnis Duisburg stellt sich quer und das Duisburger Netzwerk gegen Rechts jede Woche in Sicht-

und Hörweite der islamfeindlichen und rassistischen Kundgebung entgegen.

### Rassistische Ressentiments münden in Gewalt

Das Bündnis von extrem rechten Strukturen mit Hooligan-Gruppen, das sich auch in den hier besprochenen Demonstrationen manifestierte, sorgte für einen Anstieg von Gewalttaten. So erklären die Opferberatung Rheinland und die Dortmunder Beratungsstelle Back Up: „In den ersten Monaten dieses Jahres hat sich die Situation zugespitzt. Bei und im Umfeld der vielen rechten Aufmärsche (Pegida, Dügida, Hogesa) kam es immer wieder zu schweren Körperverletzungen und auch Bedrohungen via Internet und Facebook nehmen zu.“ Außerdem seien in Köln und Düsseldorf Passant\*innen aus rassistischen und politischen Motiven angegriffen worden, so die Beratungsstellen.

Insgesamt kann jedoch gesagt werden: Pegida konnte im Westen nie richtig Fuß fassen. Zu viele unterschiedliche extrem rechte Strömungen versuchten bei den Kundgebungen ihre menschenfeindlichen Positionen diskursfähig zu machen. Zu viele extrem rechte Köche haben den braunen Brei in NRW verdorben. Die Teilnehmer\*innen, die „Wir sind das Volk“ skandierten und sich als Mitte der Gesellschaft begriffen, wurden durch die offenen Rassist\*innen von Pro NRW und den Neonazis der Partei Die Rechte mehr abgeschreckt als abgeholt.

*Maren Wenzel studiert in Essen Germanistik und Anglistik und ist Mitglied der DISS-Journal-Redaktion.*

4 Huesmann, Felix (2014). Pegida in Düsseldorf floppt mit 400 Teilnehmern. Störungsmelder/Zeit Online vom 9. Dezember 2014.

---

Zu viele extrem rechte Köche haben den braunen Brei in NRW verdorben. Die Teilnehmer\*innen, die „Wir sind das Volk“ skandierten und sich als Mitte der Gesellschaft begriffen, wurden durch die offenen Rassist\*innen von Pro NRW und den Neonazis der Partei Die Rechte mehr abgeschreckt als abgeholt.

---



K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)  
**Die Verneinung des Judentums**  
Edition DISS Band 22, 184 S., 22 Euro

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



Regina Wamper  
**Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit**  
Edition DISS Band 18  
208 S., 22 Euro

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.

# Der (Rechts-)Populismus und die AfD

Zum extremismustheoretischen Verständnis des (Rechts-)Populismus bei Franz Decker

Von Jan Ackermann

**Der Begriff Rechtspopulismus hat Hochkonjunktur. Auch im Zusammenhang mit der AfD wird er häufig gebraucht. Im DISS-Journal 28 hat der AK Rechts im DISS dazu einige Thesen („Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus“) unterbreitet. Mit dem folgenden Beitrag knüpfen wir an die damit eröffnete Debatte an. Der Autor, korrespondierendes Mitglied des Arbeitskreises, formuliert hierin einige Einwände gegen ein extremismustheoretisches Verständnis des (Rechts-)Populismus am Beispiel von Untersuchungen des Bonner Politologen Frank Decker. [Red.]**

Frank Decker ist Professor für Politische Wissenschaft und Soziologie und zählt „Rechtspopulismus im internationalen Vergleich“ zu seinen Forschungsschwerpunkten. Zur AfD veröffentlichte er bisher noch keine Publikation, lediglich in einer Einschätzung des deutschen Parteiensystems von 2013 widmet er der neuen Partei vier Seiten. Darin finden sich allerdings meines Erachtens einige Fehleinschätzungen, so dass sich die Frage nach der Ursache hierfür stellt. Die Antwort, so meine These, liegt einerseits in dem extremismustheoretischen Hintergrund Deckers und andererseits daran, dass er über seine international vergleichende Perspektive in einen Schematismus verfällt, der ihn hindert, die Spezifik des konkreten Phänomens zu erfassen. Wie die Extremismustheorie ebnet er über eine formalistische Herangehensweise die Unterschiede seiner Gegenstände ein und setzt sie unter dem Schlagwort Populismus gleich: Bildet man, so Decker, aus allen Spielarten eine Schnittmenge, stehen „im Zentrum des Populismus-,Syndroms‘ der Rekurs auf das einfache ‚Volk‘ und die Kritik am ‚Establishment‘“ (Decker 2006, 12).

## Neuer Rechtspopulismus

Unter dem Begriff *neuer Rechtspopulismus* untersucht Decker eine Parteienfamilie mit rechter politischer Orientierung, die in westlichen Demokratien seit Mitte der 80er Jahre entstanden sei. Diese verbinde ein gemeinsamer Entstehungshintergrund, eine ähnliche Ideologie und ihr Politikstil. Die Ursache für die aktuelle populistische Welle sieht er in den Folgen der Globalisierung: *Ökonomisch* führte sie zu einem Abbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen, *kulturell* ziehe die zunehmende Multikulturalisierung Überfremdungsgänge nach sich, und *politisch* verliere

der Staat im Zuge der Globalisierung zunehmend an Souveränität. Dieser Souveränitätsverlust hat in Verbindung mit den ökonomischen und kulturellen Prozessen zur Folge, dass sich bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlen (vgl. ebd., 13ff.).

Die ideologische Ausrichtung verschiedener populistischer Parteien versucht Decker anhand zweier Skalen zu fassen. Einerseits lassen sie sich nach ihrem *Extremismusgrad* und andererseits nach ihrem *thematischen Schwerpunkt* (ökonomischer, kultureller, politischer Populismus) unterscheiden.

Formal kennzeichnen den Rechtspopulismus vor allem drei Merkmale: Sein Bewegungskarakter, das Prinzip der charismatischen Führerschaft und seine agitatorischen Stilmittel. Alle drei Elemente verweisen unmittelbar auf die Inhalte. Die Organisation als Bewegung und Orientierung auf einen Führer bringen die Vorstellung eines homogenen Volkswillens zum Ausdruck. Der volksnahe Führer soll diesen Volkswillen umsetzen, ohne in langen Verhandlungen beispielsweise Minderheitenpositionen zu berücksichtigen. Und in der Agitation spiegeln sich die Anti-Establishment-Orientierung und die Ausgrenzung von Nicht-Zugehörigen wider. Decker betrachtet diese „formalen Attribute mehr noch als die reinen ideologischen Inhalte als den eigentlichen Erfolgsgrund der rechtspopulistischen Parteien“ (ebd., 17).

## Rechts- und Linkspopulismus

Obwohl Decker selbst erklärt, dass eine „wissenschaftlich sinnvolle Verwendung“ des Populismusbegriffs eine Eingrenzung von „Erscheinungen in zeitlicher, räumlicher und sachlicher Hinsicht“ (ebd., 12) vo-

raussetze, spricht er immer wieder von dem Populismus und von *Links- und Rechtspopulismus*. Diese teilten „das anti-elitäre Resentiment, die Gegnerschaft zum herrschenden System und die Parteinahme für das sogenannte einfache Volk“ (ebd., 23). Linke Populist\_innen würden allerdings im Gegensatz zu rechten dieses *einfache Volk* nicht nach außen gegen Fremde abgrenzen, sondern blieben ihrem Egalitarismus treu. Bei dem Versuch, die ehemalige PDS in seinen Populismusbegriff zu zwingen, offenbaren sich allerdings die Probleme dieses nivellierenden Ansatzes. Trotz zum Teil gegensätzlicher Ausführungen zieht er den Schluss, ihr linker Populismus weise „nicht nur mit Blick auf Agitationsformen und Stilmittel, sondern auch in programmatisch-ideologischer Hinsicht verblüffende Ähnlichkeiten mit seinen rechten Gegenstücken auf.“ (Decker/Hartleb 2006, 209f.) Das widerspricht nicht nur seiner eigenen Darstellung, er geht sogar noch einen Schritt weiter: Vor dem Hintergrund der schwierigen Ausgangsbedingungen des Rechtspopulismus in Deutschland liege gar „die Frage nahe, ob die Populisten nicht besser beraten wären, ihr Heil in der Bundesrepublik auf der Linken zu suchen“ (ebd., 211). Als ob politische Akteur\_innen zuallererst Populist\_innen wären, die sich dann rein opportunistisch für völlig unterschiedliche ideologische Inhalte entscheiden würden. Entsprechend würde – in dieser Logik absolut folgerichtig – jetzt auch in der PDS der Versuchung nachgegeben, „das ganze Spektrum extremistischer Ansichten zu bedienen“ (ebd.).

In dieser Gleichsetzung drückt sich Deckers wissenschaftliche Herkunft aus der Extremismusforschung aus. Wie diese betreibt er eine ideologische Nivellierung, mit der völlig unterschiedliche Phänomene formalistisch gleichgesetzt werden. Er folgt der falschen Priorisierung der Form vor dem Inhalt, was sich auch an seinem Schematismus von ökonomischem, kulturellem und politischem Populismus zeigte. *Ökonomischer Populismus* kann beispielsweise entweder auf mehr soziale Sicherungen oder auf die Entfesselung des Marktes zielen, Gegensätzliches wird also unter die-

selbe Kategorie subsumiert. Dass für eine brauchbare Populismusdefinition Stil und Auftreten eine wichtige Rolle spielen, steht außer Frage. Um aber solcher begrifflichen Verwirrung zu entgehen, muss dem Inhalt ein stärkerer Stellenwert beigemessen werden. Wenn etwa über *Rechtspopulismus* gesprochen wird, muss dessen ideologischer Kern als eine spezielle Lesart des völkischen Nationalismus herausgearbeitet werden (vgl. Kellershohn u.a. 2014).

### Rechtspopulismus in Deutschland und die AfD

In verschiedenen Texten wirft Decker die Frage auf, warum der Rechtspopulismus in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten so erfolglos war. Den entscheidenden Faktor findet er in der deutschen politischen Kultur: Aufgrund der deutschen Geschichte laufen rechtspopulistische Akteure hier permanent Gefahr, in die Nähe zum Nationalsozialismus gerückt zu werden (vgl. Decker 2012). Dieses Stigma erschwert ihnen einerseits den Zugang zu Medien, andererseits übt es deshalb eine Sogwirkung auf tatsächliche Rechtsextreme aus, die in rechtspopulistischen Parteien die Chance sehen, aus ihrer politischen Isolierung herauszutreten. An den daran anschließenden Richtungskämpfen drohen sie entweder zu zerbrechen oder ihr öffentliches Bild zu ruinieren. Das hat einerseits die Etablierung einer rechtspopulistischen Partei erschwert; andererseits stellt es jedoch auch ein Problem für eine sinnvolle Auseinandersetzung dar. Die Fixierung auf Neonazismus im deutschen Diskurs führt nämlich dazu, Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft nicht angemessen begegnen zu können. Daran hat nicht zuletzt auch die Extremismustheorie entscheidenden Anteil, die die sogenannte bürgerliche Mitte von menschenfeindlichen Einstellungen tendenziell freispricht und diese lediglich an den extremistischen Rändern der Gesellschaft sehen will.

Nach der Bundestagswahl 2013 stellt Decker die Frage, ob die AfD das „Ende der Schwäche des parteiförmigen Rechtspopulismus“ (Decker 2013, 331) in Deutschland

bedeute. Die Antwort hängt ihm zufolge von zwei Faktoren ab: Der Resonanz des Euro-Themas und der Fähigkeit, mit den restriktiven Ausgangsbedingungen für rechtspopulistische Parteien in Deutschland umzugehen. Der erste Faktor beruht auf einer falschen Annahme, der Beschreibung der AfD als einer Ein-Themen-Partei. Andreas Kemper führte zur selben Zeit bereits umfangreich die rechtskonservative Ideologie von wichtigen Personen der Partei aus (vgl. Kemper 2013), mittlerweile ist diese Ausrichtung nicht mehr zu übersehen. Interessanter ist jedoch die Frage nach dem Umgang mit den allgemeinen Ausgangsbedingungen von Rechtspopulist\_innen in Deutschland. Hier konstatiert Decker, dass die Partei ihrer drohenden Stigmatisierung bisher relativ glaubhaft entgegenwirken konnte. Sie „profitiert davon, dass sie eher ein bürgerliches als ein populistisches Profil pflegt“ (Decker 2013, 334). Das führt zu dem für den Erfolg der AfD entscheidenden Punkt: Durch die straffe Führung der Parteit Spitze konnten einerseits in einem rechtspopulistischen Stil Wähler\_innen mobilisiert, andererseits jedoch mit dem sogenannten liberalen Flügel Bürgerlichkeit demonstriert werden, ohne dass die Liberalen eine weniger nationalistische Ausrichtung hätten.

Abschließend ist festzuhalten, dass Deckers international vergleichender Forschungsansatz gewinnbringend ist, allein jedoch für eine konkrete Analyse nicht ausreicht. Das gilt auch bezüglich der AfD, wo der deutsche Kontext gesonderte Beachtung verdient. Was die deutsche Besonderheit anbetrifft, hat Decker einen wichtigen Aspekt ausgeführt. Im Anschluss daran wäre die These zu vertreten, dass der weitere Erfolg der Partei davon abhängt, ob es weiterhin gelingt, der Öffentlichkeit ein bürgerlich-liberales Bild zu präsentieren, während gleichzeitig andere Parteimitglieder rechtspopulistische Positionen und Rhetoriken bedienen (angesichts der derzeitigen Flügelkämpfe scheint dies schwer vereinbar zu sein).

Ansonsten verbleibt Deckers Auseinandersetzung mit der AfD recht oberflächlich. Eine solche Auseinandersetzung relativiert z.B. Deckers vergleichende Feststellung, dass

zur *populistischen Gewinnerformel* in Europa eine Verteidigung des Wohlfahrtsstaates gehört. Da Deutschland international in der andauernden Krise relativ gut dasteht, konnte hier eine besondere populistische Formation Anhänger\_innen gewinnen: *Wettbewerbspopulismus*. Die AfD verteidigt den Wohlfahrtsstaat nicht, sondern tritt auf verschiedenen Ebenen für eine Verschärfung der Wettbewerbslogik ein (vgl. Bebnowski/Förster 2014). Die populistische Gewinnerformel sieht in Deutschland eben doch etwas anders aus, weil hier besondere Ausgangsbedingungen vorliegen. Das kann nur feststellen, wer tatsächlich das konkrete Phänomen genau betrachtet.

### Literatur

Bebnowski, David/Förster, L. Julika 2014: *Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen*. Frankfurt/M.: Otto Brenner Stiftung.

Decker, Frank 2006: Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Ders. (Hg.): *Populismus*. Wiesbaden, S. 9-32.

Decker, Frank 2012: Warum der parteiförmige Rechtspopulismus in Deutschland so erfolglos ist, in: *Vorgänge*, H. 1, S. 21-28.

Decker, Frank 2013: Das Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl 2013, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, H. 3, S. 323-342.

Decker, Frank/Hartleb, Florian 2006: *Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik*, in: Decker, F. (Hg.): *Populismus*, Wiesbaden, S. 191-215.

Kellershohn, Helmut u.a. 2014: *Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus. Thesen des AK Rechts im DISS*, in: *DISS-Journal* 28, S. 25-27.

Kemper, Andreas 2013: *Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V.*, Münster.

*Jan Ackermann studiert in Dresden Sozialwissenschaften und ist korrespondierendes Mitglied des AK Rechts im DISS.*



Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)  
**Der Kampf um Räume**  
 Neoliberale und extrem rechte Konzepte  
 von Hegemonie und Expansion  
 Edition DISS Band 34 , 224 S, 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Die sozialen Umbrüche, die von der ›neoliberalen‹ oder ›unternehmerischen‹ Stadt systematisch produziert werden, können wiederum – in den strukturgeschwächten Stadtteilen des Ruhrgebiets z.B. – Anknüpfungspunkt für eine ›Raumergreifungsstrategie‹ von rechts sein. Der zweite Schwerpunkt, ›Europa als hegemoniales Raumkonzept‹, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt. Der Satz ›Europa spricht Deutsch‹ evoziert die Frage nach historischen Diskursen deutscher Hegemonial- und Expansionspolitik in Europa und ihrer Reaktualisierung, zum einen in modifizierter Form im Rahmen einer neoliberalen Austeritätspolitik, zum anderen in Form einer Wiederanknüpfung in extrem rechten Diskursen.

Mit Beiträgen von Leroy Böthel, Thomas Bürk, Alexandra Graevskaia, Jans Helmig, Stefan Lehndorff, Yves Müller, Lucas Pohl, Fabian Virchow, Anne Vogelpohl, Thomas Wagner und Benjamin Winkler.



Sebastian Friedrich:  
 „Der Aufstieg der AfD“:  
 Neokonservative Mobil-  
 machung in Deutschland,  
 Verlag Bertz+Fischer, Berlin  
 2015, 109 Seiten

## Neokonservative Mobilmachung in Deutschland

Eine Rezension von Michael Lausberg

**Wie sind die rasanten Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ (AfD) zu erklären? Wer sind ihre Hauptakteure und was sind deren Ziele? Kann die AfD die politische Landschaft in der BRD nachhaltig verändern? Sebastian Friedrich hat sich in seinem Buch mit diesen und anderen Fragen beschäftigt – Michael Lausberg hat's gelesen. [Red.]**

Der Publizist Sebastian Friedrich legt ein kompaktes, thesenartiges Werk über die Alternative für Deutschland (AfD) vor, wofür er unter anderem ehemalige AfD-Mitglieder interviewte.

Mit dem Gründungsparteitag der AfD Mitte April 2013 in Berlin, das ein „Bündnis aus National-Neoliberalen und Rechtskonservativen“ darstelle, sollte die Lücke zwischen CDU und FDP auf der einen und der NPD auf der anderen Seite geschlossen werden (32). In den darauf folgenden Monaten bildete sich zudem ein starker rechter Flügel innerhalb der

Partei. Die AfD knüpfte inhaltlich und personell vor allem an den „Bund freier Bürger“ an. Kurz nach der AfD-Gründung entwickelte sich die Junge Freiheit als deren publizistisches Unterstützungsorgan.

Der AfD gelang es innerhalb kurzer Zeit, die Parteienlandschaft in der BRD erheblich zu verändern. Bei der Bundestagswahl im September 2013 scheiterte sie mit 4,7% noch knapp an der 5%-Hürde, während sie bei den Europawahlen im Mai 2014 7% der Stimmen erhielt. Bei den Landtagswahlen im Spätsommer

2014 in Sachsen (knapp 10%), in Thüringen (10,6%) und Brandenburg (mehr als 12%) erzielte die AfD einen nicht erwarteten Zuspruch, der den bundespolitischen Durchbruch bedeutete. Bei allen Wahlen schaffte es die AfD, Stimmen aus allen politischen Spektren zu bekommen. Einer Umfrage des Forsa-Instituts nach kamen die Anhänger der AfD überwiegend aus der Mittelschicht (53%) und Oberschicht (26%), deren Grundhaltung von „Entsolidarisierung, Rassismus und Wohlstandschauvinismus, von Ungleichheits- und Wettbewerbsideologien“ geprägt seien (89). Verbindungen von AfD-Mitgliedern zur extrem rechten Szene und geschichtsrevisionistische sowie rassistische Äußerungen einiger von ihnen machten Schlagzeilen. So behauptete ein AfD-Mitglied gar, dass die Gaskammern von Dachau nachträglich von den Alliierten eingebaut worden seien. (60)

Laut Friedrich besteht die AfD aus verschiedenen Strömungen, die in der Partei um die hegemoniale Stellung kämpfen. Er nennt dabei einen „nationalpopulistisch(en)“, „rechtspopulistisch(en)“, „rechtskonservativ(en)“, „nationalkonservativ(en)“ und einen „neo-liberal(en)“ Flügel, die vom Vorsitzenden Bernd Lucke mühsam zusammengehalten würden. (97) Im Vergleich zur Gründung der Partei bis zur Situation Ende 2014 zeige sich, dass sich die AfD deutlich nach rechts bewegt hätte: „Aus der einst national-neoliberal-rechtskonservativen Partei mit einem liberalen Flügel wurde ein rechtes Sammlungsprojekt, in das auch ein immer mächtiger werdender Rechtsaußen-Flügel eingebunden ist. Liberale haben die Partei mittlerweile fast vollständig verlassen.“ (64) Friedrich versteht die AfD als parlamentarischen Arm einer breiten rechten Bewegung mit dem Ziel, rechtskonservative Wertvorstellungen wiederherzustellen und den herrschenden radikalutilitaristischen Neoliberalismus in einem nationalen Sinne weiter auszubauen.

Wenn alle Flügel der AfD erhalten bleiben würden, sieht Friedrich „gute Chancen“, dass sich die Partei im Politbetrieb der BRD etablieren würde. Er hält es für „geradezu falsch, wenn in der Existenz von rivalisierenden Flügeln die größte Gefahr für die Partei gesehen wird.“ (105) Die Bekämpfung von „Kriminalität“, die Ablehnung bzw. verstärkte Kontrolle von Einwanderung sowie die

Anlehnung an die heterosexuelle Kleinfamilie als Normalität sieht Friedrich als bedeutendste Politikfelder der AfD in den nächsten Jahren an. Die Bedeutung der nationalistischen Agitation gegen die EU schätzt er hingegen nicht so hoch ein: „Die rechte Kritik an der EU wird wohl erst einmal in den Hintergrund treten, kann allerdings jederzeit reaktiviert werden, falls die politische Agenda dies erfordert.“ (106 f.)

Friedrich charakterisiert die AfD als Teil eines „neokonservativen Hegemonieprojekts“. (101) Diese Einordnung der AfD als „neokonservativ“ begründet Friedrich folgendermaßen: „Dieser Begriff des Neokonservatismus ermöglicht es, die beiden zentralen Dimensionen der AfD einzufangen. Ökonomisch wird eine stärker an den deutschen Interessen ausgerichteten Spielart des Neoliberalismus gefordert. Moralisch sollen die gesellschaftlichen Modernisierungen rückgängig gemacht werden.“ (102) Diese Einschätzung ist ein wenig euphemistisch, da die antidemokratischen, migrationsfeindlichen, antimuslimischen und antiziganistischen Strömungen innerhalb der Partei in den Hintergrund rücken. Die AfD lässt sich eher als rechte Sammlungsbewegung rechts von der CDU und FDP und links von der NPD beschreiben, in der verschiedene Strömungen um die hegemoniale Grundausrichtung streiten. Viele extrem rechte Personen haben sich der AfD angeschlossen und versuchen, den politischen Diskurs innerhalb der Partei sukzessive nach rechts zu verschieben.

Friedrich geht leider nicht auf die Reaktion von Seiten des neonazistischen Lagers (NPD, Die Rechte) auf die neue Konkurrenz ein. Es fehlt auch eine Auseinandersetzung mit einer möglichen Koalition zwischen AfD und CDU/CSU bzw. FDP.

Trotz dieser Einwände kann das Buch als Lektüre empfohlen werden. Der inhaltliche Aufbau, die Gliederung und die thesenartige Zusammenfassung sind gelungen, so dass sich das Buch als Einstiegsliteratur in dieses noch nicht stark erforschte Thema eignet.

**Dr. Michael Lausberg** ist Mitarbeiter des DISS.



Regina Wamper / Ekaterina Jadschenko / Marc Jacobsen (Hg.)

**„Das hat doch nichts mit uns zu tun!“**  
**Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien**  
Edition DISS Bd. 30, Münster: Unrast  
178 S., 18 Euro

Zweifellos war die Berichterstattung über die Anschläge in Norwegen von 2011 für die journalistische Zunft eine große Herausforderung. Der Druck, Nachrichten zu produzieren, wissen zu müssen, was warum passiert und das am besten, bevor es jemand anders weiß, hatte sicherlich großen Einfluss auf die anfänglichen Deutungen der Tat als „islamistische Terroranschläge“.

Die Autorinnen analysieren, wie dieses Ereignis in und von deutschen Medien eingeordnet wurde. Dabei werden besonders die Verschränkungen mit antimuslimischen Diskursen beachtet. Es zeigte sich, dass die Ereignisse in Norwegen die herrschenden Deutungsmuster nicht in Frage stellen konnten. Die Motive des Täters Anders Breivik wurden weitgehend in den Bereich des Pathologischen gerückt. Analysen zu den Reaktionen in extrem rechten und antimuslimischen Medien stellen heraus, wie sich Rechte mit den Morden solidarisierten oder distanzieren.

Mit Beiträgen von Jonas Bals, Martin Dietzsch, Sebastian Friedrich, Astrid Hanisch, Marc Jacobsen, Ekaterina Jadschenko, Margarete Jäger, Helmut Kellershohn, Sebastian Reinfeldt, Bernard Schmid, Hannah Schultes und Regina Wamper.

Angesichts einer weltweit dramatisch zugespitzten Flüchtlingskrise fordert der Mitbegründer und langjährige Sprecher von PRO ASYL Heiko Kauffmann, das Thema „Flucht, Asyl, Flüchtlingsschutz und Menschenrechte“ als eine der dringlichsten globalen Herausforderungen auf die Tagesordnung der internationalen Politik zu setzen. Das Vorhaben der EU-Kommission, die UN für ein robustes Mandat zur Zerstörung von Flüchtlingsbooten zu gewinnen, hält er für zynisch und beschämend. Vielmehr unterstreiche dies noch einmal die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in der europäischen Flüchtlingspolitik. Wer – statt mit den UN über verbesserte Aufnahme-Bedingungen und die Rettung von Flüchtlingen zu reden – ein Mandat zur Zerstörung von „Schleuserbooten“ anstrebt, betreibe pure Symbolpolitik und verschließe weiterhin die Augen vor den Ursachen der Flucht tausender von Menschen.

# Die Opfer Europas - Schluss mit der Barbarei!<sup>1</sup>

Von Heiko Kauffmann

**Die Geschichte des Massensterbens von Flüchtlingen im Mittelmeer und an den Grenzen Europas ist eine erbärmliche Folge der Verletzung von Fürsorge- und Obhutspflichten der EU-Staaten gegenüber in Lebensgefahr und in Not geratener Menschen und damit eine schier unendliche Geschichte politischen Versagens.**

Es ist auch die Geschichte jahrelanger Ignoranz und Nichtbeachtung einer unendlichen Zahl von Berichten, Eingaben, Dokumentationen, Appellen und Mahnungen aus der Zivilgesellschaft, des nachlässigen Umgangs mit internationalem Recht bis hin zum Bruch von Völkerrechtsstandards zum Schutz von Flüchtlingen und der Inkaufnahme ihres Todes.

Tote Flüchtlinge vor Lampedusa und Malta, Tausende Ertrunkene im Mittelmeer; in Lastwagen und Containern auf dem Weg nach Europa qualvoll Erstickte; Tausende beim Marsch durch die Wüste zum Mittelmeer elend Verdurstete oder beim Überqueren von Gebirgspässen im Winter bei bitterster Kälte Erfrorene; Flüchtlinge, die in Minenfeldern und Grenzbefestigungen ihr Leben ließen; die von der Guardia Civil und der marokkanischen Polizei entlang der Grenzsperrern von Ceuta und Melilla erschossen oder – mit tödlichen Folgen – an anderen Grenzen Europas zurückgewiesen

wurden; Tausende, die in der Folge von Push-back-Abdrängungs- und menschenrechtswidrigen Zurückweisungsaktionen durch FRONTEX, Europas bewaffnetem Arm gegen Flüchtlinge, nie ihr Ziel erreichten; Abgeschobene und Zurückdeportierte, die verhaftet wurden und in Lagern starben; ungezählte Namenlose und für immer Verschollene: sie alle waren und sind Opfer eines martialischen Grenzregimes, Opfer einer staatlich organisierten und tolerierten Barbarei – Opfer Europas.

Diese Dramen und Tragödien, die sich seit über zwei Jahrzehnten an seinen Küsten und Grenzregionen abspielen, sind eine humanitäre, politische und moralische Bankrotterklärung und eine Schande für die zivilisierte Welt. Dabei waren es doch gerade die europäischen Staaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg – als Lehre aus den dunkelsten Stunden ihrer Geschichte – entschlossen daran gingen, das internationale Flüchtlingssystem zu begründen und die maßgeblich an seiner Ausgestaltung in Menschenrechtskonventionen und völkerrechtlichen Verträgen beteiligt waren.

Denn NIEMALS und NIRGENDWO sollte sich je die Schmach und die „Schande von Evian“ wiederholen, jener Konferenz in der Schweiz 1938, die zum Symbol des Versagens der Staatengemeinschaft gegenüber Hitler-Deutschland wurde. Denn einberufen zur Rettung der Juden und Verfolgten des Nazi-Regimes, erklärte sich keiner der teilnehmenden 32 Staaten zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit; statt der erhofften konkreten Hilfen keine befreienden Zusagen und kein Druck auf das NS-Regime, statt Öffnung Schließung der Grenzen, statt Erleichterung die Verweigerung von Visa, statt der Lockerung die Verschärfung der Einwanderungsgesetze.

## **Heuchlerische humanitäre Beschwörungs- und Mitleidsrhetorik**

Die aktuellen Reaktionen der Politik auf die Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer erinnern fatal an die heuchlerische humanitäre Beschwörungs- und Mitleidsrhetorik und ihren in der Sache jedoch unerbittlich harten Abwehrkurs gegenüber Flüchtlingen zur Zeit der Evian-Konferenz vor 77 Jahren.

Die wichtigste Lehre aus dem Scheitern der Staaten vor 1945 sollte den Kerngehalt, das wichtigste Element eines zukünftigen Europa ausmachen: der absolute Grundsatz der uneingeschränkten

<sup>1</sup> Der Beitrag ist leicht gekürzt unter dem Titel „Wer Menschen rettet, rettet sich selbst“ in der FR vom 19. Mai erschienen.

Bejahung und Bewahrung der Würde des Menschen, und zwar JEDES Menschen: Menschenwürde-Gebot und Diskriminierungs-Verbot.

Heute klappt eine tiefe Lücke zwischen dieser Idee eines weltoffenen, friedlichen, gerechten, toleranten Europa – in der Tradition des Humanismus, der Aufklärung und einer Kultur der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Demokratie – und der Realität Europas als einem „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ für alle hier lebenden und sich aufhaltenden Menschen.

Gemessen an diesen Zielen sind die Migrations- und Flüchtlingspolitiken der europäischen Länder Ausdruck einer tiefen Krise; im Mittelpunkt der europäischen Asylpolitik steht nicht mehr der einzelne Mensch, nicht die Menschenwürde und der Schutz jedes Individuums, sondern eine Staatsräson, die wirtschaftlichen Privilegien und Eigeninteressen, „Innerer Sicherheit“ und „dem Kampf gegen den Terror“ absoluten Vorrang vor Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz einräumt; sie speist sich zunehmend aus einer Verflechtung ökonomischer Interessen mit innen- und außenpolitischer Sicherheitsmaßnahmen und militärischen Ambitionen sowie aus Abschottungs- und Festungsdenken.

### **Vormarsch globaler Apartheid**

Die wichtigste Antwort der Staatengemeinschaft auf Terror, Krieg, Gewalt, Verfolgung und Vertreibung nach der Zeit des Faschismus war die Etablierung eines universell gültigen Menschenrechts- und Flüchtlingsschutzsystems. Dieses wird seit Jahren durch restriktive Maßnahmen immer stärker eingeschränkt, abgeschwächt, relativiert oder ganz negiert. Damit offenbart Politik nicht nur einen erschreckenden Mangel an Geschichtsbewusstsein, historischer Verantwortung und Völkerrechtstreue; mit diesen Maßnahmen der Herabsetzung und Nivellierung völkerrechtlicher Standards des Flüchtlingsschutzes gibt sie selbst erneut und verstärkt Raum für die Entstehung und Mobilisierung von Vorurteilen, zur Verbreitung einer rassistisch infizierten Dominanz-Ideologie und zum weiteren Vormarsch globaler Apartheid.

Denn auch die EU und die deutsche Politik tragen in dem Maße Verantwortung für Migrations- und Fluchtbewe-

gungen, wie sie selbst fortwährend Ursachenfaktor für die Verarmung der Länder Afrikas und anderswo sind: durch ihre aggressive Wirtschafts-, Agrar- und Handelspolitik, durch Waffenlieferungen, militärische Kooperation und Unterstützung von Regierungen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen, durch ihr Abstimmungsverhalten in internationalen Gremien und durch ihre Rolle bei sogenannten Partnerschaftsabkommen oder beim Europäisch-Afrikanischen Freihandelsabkommen (EPA).

Aus den Widersprüchen dieser Politik resultiert eine Einstellung gegenüber anderen Menschen und Völkern, die das Bewusstsein und das Klima der Gesellschaft beeinflusst. Sie spiegeln sich im rechtlichen und sozial eingeschränkten Rahmen des Flüchtlingslebens in Deutschland und Europa wider und bestimmen den behördlichen, gesetzlichen und „verwaltungstechnischen“ Umgang mit ihnen. Flüchtlinge werden allzu oft nicht als gleichwertige, gleichberechtigte Menschen wahrgenommen, – eine Folge institutioneller Ausgrenzung und rassistischer Denkmuster.

Was ist der Wert der Menschenrechte, wenn die Diskrepanz zwischen den verbürgten und verheißenen Rechten und der Realität ihrer Inanspruchnahme für Flüchtlinge immer größer wird?

Per Gesetz geregelte Herabsetzung, Benachteiligung oder Minderbewertung anderer oder einer Gruppe von Menschen schafft eine politische Atmosphäre und ein gesellschaftliches Klima, in dem Populismus, Rechtsradikalismus und Rassismus gedeihen können.

Ein Europa, das schutzsuchenden Flüchtlingen vorenthält, was ein men-

schenwürdiges Leben ausmacht, ist selbst institutionell vom Bazillus interner und externer Apartheid infiziert. Denn die unterschiedliche Rechtsstellung und Behandlung von Menschen, Sonderregelungen, Sondergesetze und diskriminierende „flankierende“ Maßnahmen für bestimmte Gruppen verwischen die Grenzen des Rechtsstaats immer mehr.

### **Die „Flüchtlingskrise“ auf die nationale und internationale Agenda**

Deshalb gehört, will man ernsthaft und von Grund auf die Verwerfungen und Verwüstungen der europäischen und deutschen Asylpolitik abstellen und menschenrechtlich neu und adäquat justieren, eine unvoreingenommene Untersuchung über das Zusammenwirken von und zwischen Politik und Wirtschaft, die Themen Ausgrenzung und rassistisches Denken und Handeln auf die politische und gesellschaftliche Agenda von Brüssel sowie Bund, Ländern und Gemeinden – unter maßgeblicher Einbeziehung und vorrangiger Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen.

Vorbild dafür könnte die so genannte „McPherson-Kommission“ sein, die den Begriff des Institutionellen Rassismus bereits 1999 in Großbritannien als eine offizielle Kategorie für ein kritikwürdiges Regierungshandeln eingeführt hatte. Das Konzept einer Untersuchung des Institutionellen Rassismus zielt auf die Entstehung von Vorurteilen in Verbindung mit Machtausübung ab, untersucht Strukturen, Vorgänge, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten in und zwischen Regierungsstellen, Behörden und Institutionen, die in ihrer Konsequenz

---

Was nutzen den Flüchtlingen, die an die Werte und Verheißungen Europas glauben und sich auf maroden Schiffen dorthin begeben, die verbindlichen Prinzipien der Seenotrettung und die besten Flüchtlingsschutzstandards, „wenn es einen höheren Stellenwert genießt, Migranten vom Ankommen abzuhalten als Leben zu retten“? (Menschenrechtskommissar Thoma Hammerberg Juni 2011)

---



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)

### **Skandal und doch normal**

Impulse für eine antirassistische Praxis.  
edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Un-  
rast 253 S., 24 Euro

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor\_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Räthzel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

auch diskriminierende und rassistische Auswirkungen haben. Dies impliziert die Untersuchung und Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften und Durchführungsbestimmungen des gesamten Verwaltungshandelns.

Mehr noch und über Brüssel und die EU hinaus: weltweit hat sich die Asylpolitik der Staaten in den letzten Jahrzehnten immer mehr von ihren humanitären und völkerrechtlichen Voraussetzungen und Erfordernissen entfernt.

Ein Beispiel ist die Militarisierung und mit Milliarden von Dollar hochgerüstete und mit modernster Technik ausgestattete Grenzbefestigungsanlage über 3.000 Kilometer entlang der amerikanischen Grenze zu Mexiko. Ein anderes Beispiel sind die rassistischen „NO way“-Schock-Kampagnen Australiens und sein harscher Umgang mit Flüchtlingen, die in gefängnisähnlichen Lagern auf Nauro und Manus unter menschenunwürdigen Bedingungen elend dahin vegetieren; UN-Berichtersteller Juan Mendez verurteilte das Verhalten Australiens im März dieses Jahres als schweren Verstoß gegen die UN-Anti-Folter-Konvention. Auch in Südostasien bahnt sich eine Flüchtlingskatastrophe an: über 25.000 Menschen, Angehörige der muslimischen Minderheit Rohingya, haben sich seit Anfang dieses Jahres aus Myanmar und Bangladesch auf die lebensgefährliche Überfahrt nach Malaysia und Indonesien begeben. Hunderte verloren dabei schon ihr Leben.

Insgesamt spitzt sich die Lage der Flüchtlinge weltweit dramatisch zu: innerhalb nur eines Jahres nahm allein die Zahl der Binnenvertriebenen, der „Flüchtlinge im eigenen Land“ um 4,7 Millionen auf jetzt 38 Millionen zu. Die Zahl der Kriege (22) und die Zahl gewaltsamer Konflikte und Auseinandersetzungen stiegen weltweit auf 424 – mehr als je zuvor. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge erhöhte sich auf über 51 Millionen – so viel wie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr.

Angesichts der Größenordnung solcher Herausforderungen haben die Vereinten Nationen seit ihrem Bestehen nach 1945 in vergleichbaren Fällen auf anderen Gebieten immer wieder wichtige UN-Konferenzen einberufen und durchgeführt, um die Probleme zu fokussieren, zu analysieren sowie Lösungswege aufzuzeigen und verbindliche Regeln und Zielvorgaben für alle Staaten und

die Weltgemeinschaft zu entwerfen. Zu nennen sind hier vor allem die großen Weltkonferenzen der 90er Jahre: 1990 Weltkindergipfel, New York; 1992 Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro; 1993 Menschenrechte, Wien; 1995 Weltfrauenkonferenz in Peking; 1995 Weltsozialgipfel in Kopenhagen; schließlich der Millenniumsgipfel in New York 2000. Sie alle erarbeiteten Aktionspläne, formulierten Entwicklungsziele und Lösungen und verabschiedeten verbindliche Zielvorgaben.

Willy Brandt, einer der Wegbereiter von „Global Governance“ schrieb schon 1980, in der Einleitung von „Das Überleben sichern“, des sogenannten Brandt-Berichts: „Die Globalisierung von Gefahren und Herausforderungen erfordert eine Art ‚Weltinnenpolitik‘, die über den Horizont von Kirchtürmen, aber auch über nationale Grenzen hinausreicht“.

Allerdings: nach Evian 1938 – und das war vor der Existenz der Vereinten Nationen – gab es auf UN-Ebene noch niemals eine internationale Konferenz zu den drängenden Fragen und akuten Problemen der Flüchtlings- und Asylpolitik der Staatengemeinschaft.

### **Weltkonferenz und UN-Dekade zum Schutz von Flüchtlingen**

Angesichts weltweit zunehmender Restriktionen gegen Flüchtlinge und ihrer prekären Lage und des gleichzeitig kompletten Versagens der EU-Staaten und der Weltgemeinschaft in der aktuellen Flüchtlingskrise: Wäre es nicht endlich an der Zeit, eine UN-Weltkonferenz für die Rechte von Flüchtlingen zu initiieren und einzuberufen, um die rechtlichen Schutzinstrumente von Flüchtlingen und die staatlichen Schutzpflichten ihnen gegenüber zu sichern und zu erweitern!

Angesichts des Albtraums dieses jungen Jahrhunderts, der humanitären Katastrophe des Menschensterbens im Mittelmeer, stünde es verantwortlicher Politik gut an, jetzt auch eine Initiative für eine UN-Dekade zum Schutz von Flüchtlingen und zur Bekämpfung der sozialen, ökonomischen, ökologischen und politisch-institutionellen Fluchtursachen in die Wege zu leiten

Diese beiden Forderungen – Einberufung einer Weltkonferenz und eine UN-Dekade zum Schutz von Flüchtlingen – wurden 2008 zum Abschluss der von

PRO ASYL, dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und dem Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages veranstalteten Konferenz „Festung Europa – Menschenrechte und Schutz von Flüchtlingen 70 Jahre nach Evian“ erhoben.

Sie wurden von der ehemaligen Justizministerin und damaligen Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses, Frau Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, von der ehemaligen Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidi Wiecek-Zeul, sowie von Wissenschaftlern wie Prof. Dr. Wolfgang Benz und Prof. Dr. Klaus J. Bade mitgetragen und unterstützt, konnten damals aber infolge des Regierungswechsels 2009 nicht mehr in die entsprechenden nationalen und internationalen Gremien eingespeist werden.

Es wäre ein deutliches Zeichen der Abkehr von einer miserablen und verrohten Politik des Sterben-Lassens und ein glaubwürdiges Signal zur Umkehr, wenn – neben den Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft und der Kirchen – hier vor allem die Regierungskoalition und die Oppositionsparteien, aber auch die Landesregierungen und Kommunen initiativ werden, Beschlüsse fassen und diese national und international auf die Tagesordnung bringen.

### **Seenotrettung sofort! Gegen die Selbstzerstörung Europas**

Über allem aber steht die jetzt vordringlichste Aufgabe der deutschen und europäischen Politik, die monströse Barbarei des Massensterbens im Mittelmeer, die Europas Werte, seine Glaubwürdigkeit und seinen Humanitätsanspruch völlig zerstört, durch den Aufbau eines zivilen Europäischen Seenotrettungsdienstes umgehend zu beenden.

Die Glaubwürdigkeit Deutschlands und der EU sind daran zu messen, ob sie das jetzt herrschende himmelschreiende Unrecht beenden und deutliche Signale zur Umkehr ihrer Flüchtlingspolitik geben: durch den unverzüglichen Aufbau eines umfassenden zivilen Seenot-Rettungsprogramms, durch Öffnung legaler Zugangswege nach Europa und durch eine grundlegende Revision des Dublin-Systems, dieses Verschiebebahnhofs zur ungerechten Verteilung von Flüchtlingen.

Wenn es um die immer wieder viel beschworenen Werte Europas und die deut-

sche Verantwortung in der Welt geht, läge es nahe, dass sich die Politik nicht nur auf die Wirtschaftskraft des Landes und sein Militär verlassen, sondern die Arbeit, das Wissen, die fachliche und soziale Kompetenz von Bürgerinnen und Bürgern und ziviler Organisationen endlich auch adäquat würdigen und nutzen würde.

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), die im Mai dieses Jahres 150 Jahre alt wird und deren Schirmherr der Bundespräsident ist, verfügt heute über die modernste Flotte von 60 Seenotkreuzern und Booten, die an 54 Orten an Nord- und Ostsee stationiert sind. Die deutschen Seenotretter haben in ihrer langen Geschichte über 81.000 Menschen das Leben gerettet; allein im letzten Jahr über 700 Personen aus drohenden Gefahrensituationen und 55 Menschen aus akuter Seenot befreit. Die Arbeit der DGzRS ist ein leuchtend positives Beispiel für humanitäres und soziales Engagement und zeigt den zivilisatorischen Standard und die humanitären Seenotrettungsmöglichkeiten Deutschlands und Europas auf.

Läge es nicht auf der Hand, die Kompetenz und die Erfahrung dieser beispielhaften Institution für den Aufbau eines zivilen europäischen Seenotrettungssystems zu nutzen und sich angesichts der größten humanitären Katastrophe im Herzen Europas ihres Wissens und ihrer Unterstützung zu sichern?!

Einem ihrer Jahrbücher stellte die DGzRS als Motto ein Wort von Antoine de Saint-Exupery voran: „Mensch sein heißt: Verantwortung fühlen, sich schämen beim Anblick einer Not auch dann, wenn man selbst spürbar keine Mitschuld an ihr hat (...); und persönlich seinen Stein beitragen im Bewusstsein, mitzuwirken am Bau der Welt“.

Die organisierte Verantwortungslosigkeit Europas im Umgang mit dem tausendfachen Sterben im Mittelmeer zeigt: auch die Demokratie ist keine Garantie zur Verhinderung der Barbarei, wenn diese einfache Wahrheit, die Saint-Exupery benennt, nicht gelebt wird; sie zu beherzigen heißt: der verfluchten Gewöhnung an Unrecht und der Selbstzerstörung Europas ein Ende zu bereiten!



AK Antiziganismus im DISS

### **Stimmungsmache**

Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache. Analyse und Gefahreinschätzung am Beispiel Duisburg

2015 Online-Broschüre  
DIN A4: 62 Seiten

Am Beispiel der Stadt Duisburg wird exemplarisch untersucht, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgreift. Sie agiert dabei keineswegs im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgchancen der extremen Rechten. Es handelt sich somit um ein äußerst kompliziertes Wechselspiel.

Autor\_innen: Martin Dietzsch, Anissa Finzi, Alexandra Graevskaia, Ismail Küpeli, Zakaria Rahmani, Stefan Vennmann

abrufbar unter:

<http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschuere-2015.pdf>

Martin Dietzsch, Bente Giesselmann und Iris Tonks

### **Spurensuche zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Duisburg**

2014 Online-Broschüre  
DIN A4: 90 Seiten

Es wird exemplarisch aufgezeigt, welche Spuren des Völkermords an Sinti und Roma auch heute noch auffindbar sind und Anregungen dazu gegeben, wie man das Geschehen im Rahmen der politischen Bildung mit Jugendlichen thematisieren kann.

abrufbar unter:

<http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche--Online-Broschuere--2014.pdf>

# Eigene Sichtweisen hinterfragen

## Ergebnisse und Schlussfolgerungen einer Diskursanalyse zur Migration aus Südosteuropa in lokalen Duisburger Medien

Von Iris Tonks und Margarete Jäger

Im Auftrag der Open Society Foundations (OSF) wurde im DISS im Frühjahr eine Diskursanalyse Einwanderungsdiskurs in lokalen Medien erstellt. Im Mittelpunkt stand dabei die Berichterstattung um die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 2014.<sup>1</sup> Berücksichtigt wurden die Duisburger Lokalteile der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) und Rheinischen Post, sowie das Stadtpanorama und der Wochenanzeiger. Die Ergebnisse wurden am 26. März 2015 in einem Workshop vorgestellt und mit Vertreter\_innen der Stadtverwaltung und zivilgesellschaftlicher Organisationen im Hinblick auf mögliche Perspektivwechsel diskutiert. Leider ist es – trotz intensiver Versuche – nicht gelungen, Journalist\_innen der Lokalpresse zur Teilnahme zu bewegen. Ihre Zusagen wurden kurzfristig aufgrund tagesaktueller Ereignisse und Belastungen abgesagt. Es scheint so, dass ihre Arbeitsbedingungen eine Reflektion ihrer Tätigkeit nicht oder nur sehr schwer zulassen.

### Ergebnisse

Für den lokalen Mediendiskurs ist festzuhalten, dass die zuwandernden Personen, bei denen es sich bekanntlich um EU-Bürger\_innen aus Südosteuropa handelt, als passive und anonyme Masse wahrgenommen werden. Ihre Zuwanderung wird durchgehend problematisiert und mit den Aspekten Müll, Kinderreichtum, Armut und Kriminalität verknüpft. Besonders ihre vermeintliche Kriminalität wird stark ethnisiert.

In der WAZ findet darüber hinaus eine starke Verknüpfung der Zuwander\_innen mit ihrem vermeintlichen Nomadentum statt. Dagegen begreift das Stadtpanorama die Zuwanderung vor allem als Ursache für eine Destabilisierung der Stadtteile.

<sup>1</sup> Die Studie wurde erstellt von Iris Tonks, Zakaria Rahmani, Margarete Jäger, Maren Voetsch und Pia Götzen.

Die alteingesessenen Anwohner\_innen werden dagegen eher als Personen dargestellt, die von der Zuwanderung (negativ) betroffen und durch sie benachteiligt seien. Die Benachteiligung gehe dabei soweit, dass sich einige sogar gezwungen sähen, den Stadtteil zu verlassen und also ihren Wohnort zu wechseln.

Doch auch die Stadtverwaltung und die Polizei werden als durch die Zuwanderung negativ betroffen wahrgenommen, was durch die Betonung einer Überforderung und Überlastung herausgestellt wird. Solche Belastungen werden zwar auch als handhabbare Herausforderungen angesehen; jedoch sei dafür unbedingt eine Unterstützung von Seiten der EU notwendig. In diesem Zusammenhang wird mehr finanzielle Unterstützung gefordert und gleichzeitig Enttäuschung über nicht hilfsbereite EU-Institutionen geäußert.

Gestalterische Handlungsfähigkeit wird überwiegend bei zivilgesellschaftlichen Initiativen und bürgerschaftlichem Engagement gesehen. Ihr Einsatz wird durchgehend positiv dargestellt, allerdings gehören etwaige Resultate sowie Integrationsleistungen der Zuwander\_innen nicht zum Sagarbeitsfeld des lokalen medialen Diskurses.

Im Untersuchungszeitraum nahmen die Ereignisse um ein Gebäude in Duisburg-Rheinhausen großen Raum ein, das in den Medien als „Problemhaus“ bezeichnet wird. Dieses Haus kann als Pragmasymbol für den Diskurs um Einwanderung aus Südosteuropa nach Duisburg angesehen werden.<sup>2</sup> Seine kollektivsymbolische Aufladung lässt sich grafisch darstellen. (s. Abb.1)

Ein weiterer zentraler Bestand des lokalen medialen Diskurses ist die Dichotomie „wir versus die Anderen“. (s. Abb. 2)

Die Seite des „Wir“ bilden neben der alteingesessenen Bevölkerung die Ordnungsinstanzen, Runde Tische und die Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung ist dabei ein wenig außerhalb angesiedelt, insofern sie als besonders überfordert und unzureichend agierend dargestellt wird.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Als Pragmasymbol fungieren solche Kollektivsymbole, die sowohl als Zuschreibung zu einem konkreten Gegenstand wie auch symbolisch gelesen werden (können). Vgl. Jäger / Zimmermann (Hg.) 2010.

<sup>3</sup> Dies geschieht besonders in der Berichterstattung der RP, die die CDU als tonangebende kritische Opposition darstellt.



Abbildung 1

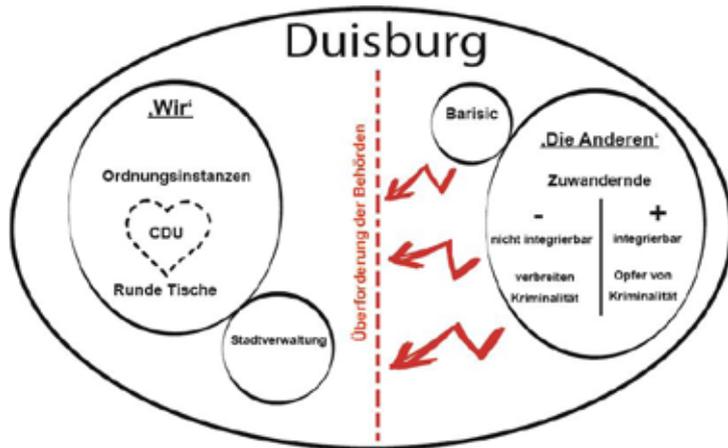


Abbildung 2

„Die Anderen“ sind die Zuwandernden aus Südosteuropa, aber auch der Vermieter des „Problemhauses“, Branko Barisic. Die Gruppe der Zuwandernden teilt sich dann noch einmal auf in diejenigen, die als integrierbar angesehen werden und die, von denen dies nicht angenommen wird – es wird so eine Gegenüberstellung von „positiver“ zu „negativer“ Einwanderung vorgenommen.

Insofern haben wir es bei dem lokalen Mediendiskurs zur Zuwanderung aus Südosteuropa mit einem Diskurs zu tun, der massive Ausgrenzungseffekte produziert und keinesfalls zum friedlichen Zusammenleben der Alt- und Neu-Duisburger\_innen beiträgt.

### Schlussfolgerungen

Ein solches Ergebnis wirft die Frage auf, was getan werden kann, damit solche Ausgrenzungseffekte nicht weiterhin in die Stadtgesellschaft (und darüber hinaus) hineinwirken können.

Dazu ist offenbar ein grundsätzlicher Perspektivwechsel in der Medienberichterstattung vonnöten, der wegführt von der Herausstellung und Betonung der – durchaus ja vorhandenen – problematischen und negativen Aspekte der Einwanderung. Es geht darum, auch die positiven Effekte und Chancen aufzunehmen und zu bewerten, um zu einer gegenseitigen Integration zu gelangen, die das Empowerment aller Beteiligten entwickelt bzw. stärkt.

Die folgenden Überlegungen verstehen sich als eine offene Liste, die durch weitere Analysen fortgeschrieben werden sollte. Es geht dabei insbesondere um den Abbau der Konfrontation von „wir“ gegenüber „den Anderen“.

Dies kann dadurch geschehen, dass die eingefahrenen Sichtweisen auf die Zuwander\_innen, die sich in stereotypen Zuschreibungen äußern, hinterfragt und problematisiert werden.

Es sollten kulturalistische Sichtweisen vermieden werden. Auf eine Ethnisierung, z.B. von Kriminalität, aber auch von Nomadentum etc. sollte verzichtet werden.

Dies gilt in gleicher Weise für den Einsatz stigmatisierender Bilder oder Kollektivsymbole – auch wenn dadurch die Berichte „interessanter“ würden. Zu solchen Bildern gehören auch stigmatisierende Begriffe, wie z.B. ‚Klaukids‘ ‚Roma-Mädchen‘ ‚Problemhaus‘ etc.

Wenn solche Begriffe von Vertreter\_innen der Kommune oder anderen Institutionen verwendet werden, sollte dies kritisch hinterfragt werden. Das gilt auch für in der Stadtverwaltung kreierte Begriffe wie z.B. die „Task-Force“, mit der ein Ausdruck aus dem Militär in den Kontext von Migrationsprozessen gebracht wird.

Überhaupt sollten die Informationspolitik und die Strategien der Stadt, aber auch der Polizei und anderer staatlicher Einrichtungen kritisch begleitet werden. Veröffentlichte Statistiken und Polizeiberichte sind keinesfalls sakrosankt.

Es sollten mehr Informationen über das Leben der Zuwander\_innen in Südosteuropa und ihre Beweggründe zur Migration in die Berichterstattung einfließen. Das bedeutet auch, dass die neuen Duisburger\_innen selbst zu Wort kommen und ihre Sicht schildern können.

Das in den zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen vorhandene Konzept, dass es nicht um die Etablierung von Betreuungsangeboten, sondern um Begegnungsangebote geht, sollte auch im lokalen Mediendiskurs Eingang finden.

Das bedeutet, dass die Zuwander\_innen in Programmen und Projekte als aktive Personen, als Interviewpartner\_innen, als Expert\_innen begriffen werden – und wo dies, z.B. von Seiten der Politik nicht geschieht, sollte dies kritisch vermerkt werden.

All dies kann dazu führen, dass in den Medien neben den Problemen, über die selbstverständlich eine Kommunikation in der Stadt mittels der Medien stattfinden soll, die Stärken und Vorteile für die Zukunft der Stadtgesellschaft durch die Migration betont werden.

Die Frage, wie es zu einem Dialog mit örtlichen Journalist\_innen über die oben genannten Aspekte kommen kann, ist aus unserer Sicht besonders wichtig. Sicherlich lässt ihre Arbeitssituation für eine Reflexion ihrer Tätigkeit kaum Spielräume – was allerdings nichts darüber aussagt, dass ein solcher Spielraum nicht dringend geboten und also in gewerkschaftliche Forderungen einfließen muss. Konkret könnte der Versuch gemacht werden, Leserbeiräte, die es z.B. bei der WAZ gibt, als Vermittler für einen solchen Dialog zu gewinnen. Und natürlich sollten Leserbriefe an die Journalist\_innen gerichtet werden, nicht nur, um sie kritisch auf Sachverhalte hinzuweisen, sondern auch, um besonders gelungene Darstellungen zu kommentieren. Letzteres kann ihnen den Rücken stärken und ihre Stellung in den Redaktionen festigen.

Von Seiten der Stadtverwaltung und anderen Institutionen könnte eine sachlichere Berichterstattung dadurch ermöglicht werden, dass sie ihre Statistiken z.B. halbjährlich in einem Bericht für die Redaktionen verständlich aufarbeiten. Dies könnte verhindern, dass Zahlen aus Statistiken missverständlich verwendet werden.

Um alle diese Aspekte und Forderungen in den mediopolitischen und den Alltagsdiskurs einzubringen und nachhaltig einzuspeisen, bedarf es jedoch weiterer Projekte und Analysen. Die vorliegende Analyse kann dazu eine Basis bilden. Jedoch ist der Blick unbedingt über Duisburg hinaus auszuweiten und systematisch die Erfahrungen andere EU-Länder aufzunehmen.

*Iris Tonks M.A. und Dr. Margarete Jäger sind Mitarbeiterinnen des DISS.*



Rolf van Raden / Siegfried Jäger (Hg.)  
**Im Griff der Medien. Kriserproduktion und Subjektivierungseffekte**  
 Edition DISS Bd. 29, Münster: Unrast  
 240 S., 24 Euro

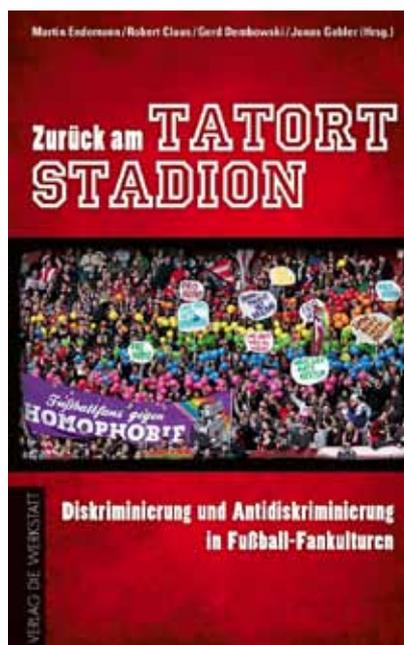
Gegenwärtige Medienkritik thematisiert nicht nur den Einfluss von Medien auf politisch-soziale Diskurse sowie den Einfluss dieser Diskurse auf die Medien. Das, was in Medien gesagt werden kann, spielt eine wichtige Rolle für das Wissen der Menschen, für ihre Selbstbilder und Handlungsspielräume – kurz: für das, was die Sozialwissenschaft als Subjektivierung bezeichnet. Namhafte Wissenschaftlerinnen und Journalisten untersuchen das schwierige Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und Massenbewusstsein.



Wulf D. Hund (Hg.)  
**Faul, fremd und frei**  
**Dimensionen des Zigeunerstereotyps.**  
 Edition DISS Band 35, Münster: Unrast  
 255 S., 19,80 €

Die zentralen Elemente des Zigeunerstereotyps werden bis heute fortgeschrieben. In der Sprache des alltäglichen Rassismus lassen sie sich mit drei Adjektiven bündeln: Zigeuner sind fremd, faul und frei.

Neuaufgabe von ›Zigeuner. Geschichte und Struktur einer Konstruktion‹ und ›Zigeunerbilder. Schnittmuster rassistischer Ideologie‹



Martin Endemann, Robert Claus, Gerd Dembrowski und Jonas Gabler (Hg.):  
**Zurück am Tatort Stadion. Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußball-Fankulturen.** 2015 Göttingen: Verlag Die Werkstatt (384 Seiten, 19,90 Euro).

## Diskriminierung in der Fankurve

Eine Rezension von Mark Haarfeldt

Mit der Ausstellung „Tatort Stadion“, die zwischen 2001 und 2007 in zahlreichen Städten präsentiert wurde, begann ein Prozess im Fußball, der sich gegen vorherrschende diskriminierende Formen in den Fankurven richtete. Die Bilanz, so die Herausgeber, sei positiv. Seit der ersten Ausstellung wurden Projekte initiiert, die sich gegen Sexismus, Antisemitismus, Homophobie und Rassismus richten. Ignorierten Verbände und Vereine solche Aktivitäten in den 1990er Jahren noch, gab es besonders vor der WM 2006 einen erheblichen Aktionismus, um Diskriminierung aus den Stadien zu verbannen. Seit 2011 tourt „Tatort Stadion“ erneut. Auch wenn die Atmosphäre in den Stadien sich im Vergleich vor 15 Jahren deutlich geändert hat, existieren immer noch Formen von Diskriminierung und körperlicher Konfrontation, die mit der Ausstellung vom Bündnis Aktiver Fußballfans thematisiert werden.

Der Sammelband ist kein Begleitwerk der Ausstellung, sondern die Herausgeber legten Wert möglichst eine breite Bandbreite an Themen abzudecken. In den vier Abschnitten „Denkort Stadion“, „Kampfort Stadion“, „Tatort Europa“ und „Gegenorte“ werden aktuelle Erscheinungen von struktureller wie affektiver Diskriminierung vorgestellt, organisierte Einflussnahmen von extrem Rechten thematisiert, Entwicklungen in einer europäischen

Perspektive beleuchtet und Projekte bzw. Aktivitäten gegen Diskriminierung präsentiert. Das Herausgeberkollektiv hat es geschafft, einen sehr guten Überblick die politische Dimension der Fußballfankultur dem Leser vorzustellen. Die Einzelbeiträge sind keineswegs kursorisch verfasst, sondern geben neben der Skizzierung von Inhalten auch aktuelle Diskussionsprozesse und Beispiele wieder, die neue Perspektiven eröffnen. Dass hierbei nicht nur der männliche Profisport im Auge behalten wird, sondern ebenso der Amateurbereich thematisiert wird, ist ein Verdienst des Projektes, Fußballfankultur als einen bedeutenden Teil der Gesellschaft zu begreifen, der eine große Anzahl von Menschen unmittelbar miteinbezieht.

„Zurück zum Tatort Stadion“ gibt kompakt aktuelle Erscheinungsformen von Diskriminierung im Fußball wieder und begreift den Sport und seine Fans nicht als ein Freizeitvergnügen, das abseits gesellschaftlicher Prozesse stattfindet. Sowohl für Kenner der Materie wie auch Einsteiger ist der Sammelband lohnend. Schon um auch aktuelle Diskurse um einen „entpolitisierten Fußball“, die oft von rechten Gruppierungen instrumentalisiert werden, um linke Gruppen des Stadions zu verweisen, zu entkräften. Aber auch darüber hinaus um sich über Antidiskriminierungsprojekte zu informieren.



Hans Uske, Alexander Scheitza, Suse Düring-Hesse, Sabine Fischer (Hg.)  
Interkulturelle Öffnung der Verwaltung  
Konzepte – Probleme – Beispiele  
DIN A4, 188 Seiten

# Diversität verwalten

*Eine Rezension von Iris Tonks*

Diese Broschüre erschien im Oktober 2014 und wirft thematische Schlaglichter auf besondere Problemfelder, die sich im Rahmen der Arbeit an verschiedenen Projekten ergeben haben. Auf 188 Seiten dargelegt, unterscheidet sich die Darstellungsweise stark von den üblichen Projektberichten und arbeitet sowohl räumlich, als auch inhaltlich übergreifend. Die Broschüre ist sehr übersichtlich aufbereitet, Tabellen und Bilder visualisieren die Aussagen der Texte.

Es werden Arbeiten im Rahmen von vier Projekten berücksichtigt, die zwischen 2001 und 2014 im Bundesprogramm „XENOS – Integration und Vielfalt“ entstanden sind, das durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert wurde. Der Schwerpunkt liegt auf dem Themenbereich „Interkulturelle Öffnung von Unternehmen und Verwaltungen“. Die in dem Sammelband beschriebenen Projekte konnten in den Jahren 2012 – 2014 in Kommunen und bei der Polizei Prozesse interkultureller Öffnung in Gang setzen bzw. vorantreiben. Dabei handelt es sich um die Projekte:

- „Option – Kultur“ im Kreis Recklinghausen und in zehn Städten des Kreises
- „Perspektivwechsel“ in den Jobcentern von Hamm, Dortmund und dem Kreis Unna

- „IKIP – Interkulturelle Kompetenz und Inklusion der Personalauswahl“ bei der Polizei in NRW sowie

- „VIP – Vielfalt in der Polizei“ bei der Polizei in Rheinland-Pfalz.

In vier großen Themenbereichen stellen die Autor\_innen ihre Erfahrungen und Perspektiven dar. Im ersten Themenkomplex „Interkulturelle Öffnung – Herausforderungen und Innovationen“ finden sich sechs Beiträge, die bewusst aus einem anderen Blickwinkel eingeführt werden, nämlich aus dem Blickwinkel von Bürger\_innen mit Migrationshintergrund auf die Kommunalverwaltung.

Drei Artikel beschäftigen sich im Folgenden mit dem Thema „Personalgewinnung und Personalwahl“, wobei die besonderen Herausforderungen an interkulturelle Kompetenz bei der Personalauswahl und der Zusammenarbeit im Vordergrund stehen.

Ein dritter Themenkomplex zeigt „Strategien und Problemfelder der Weiterbildung“. In drei Beiträgen wird die Notwendigkeit von Weiterbildungen als zentrales Element interkultureller Öffnung beschrieben, aber auch die vorhandenen Widerstände dagegen sowie die Möglichkeiten zur Deeskalation kritischer Situation, z.B. in Beratungen von Jobcentern.

„Perspektiven der Nachhaltigkeit“ bilden mit zwei Texten den Abschluss der

Broschüre, wobei die Möglichkeiten der dargestellten Projekte kritisch betrachtet und der Status quo der interkulturellen Öffnung deutscher Landkreise dargestellt wird.

„Bedarfe erkannt – Strategien in der Entwicklung“ sind die Stichpunkte, die die heutige Situation in der Verwaltung zusammenfassen lassen. Viele Landkreise in Deutschland hätten die Bedeutung interkultureller Öffnung der Verwaltung erkannt, stünden bei der Umsetzung entsprechender Konzepte und Maßnahmen aber noch am Anfang.

Die Broschüre kann einen wertvollen Beitrag leisten, diese Situation zu stabilisieren und die interkulturelle Öffnung von Verwaltungen in der Praxis zu unterstützen. Sie sollte in alle Bereiche der Verwaltung Eingang finden und bietet außerdem die Grundlagen, Material für Fortbildungen und Schulungen zum Thema zu erstellen. Die ausführlichen Literaturangaben zum Ende eines jeden Beitrags regen zur Weiterbeschäftigung mit dem Thema an. Die Broschüre stellt eine umfassende und auf eine interkulturelle Zukunft gerichtete Publikation dar, die die verschiedenen Facetten des Themas ausgezeichnet beleuchtet.

Broschüre online unter: [http://www.risp-duisburg.de/files/broschuere\\_interkulturelle\\_oeffnung\\_internetversion.pdf](http://www.risp-duisburg.de/files/broschuere_interkulturelle_oeffnung_internetversion.pdf)

# Diskursforschung: Was soll das, soll sie was?

Von Siegfried Jäger\*

## 1. Schritt:

### Rezension zu *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch*

Das hier vorgelegte umfängliche Handbuch *Diskursforschung* stellt die erste Veröffentlichung der Reihe *DiskursNetz* im transcript Verlag dar, die von Johannes Angermüller, Eva Herschinger, Felicitas Macgilchrist, Martin Nonhoff, Martin Reisigl, Juliette Wedl, Daniel Wrana und Alexander Ziem betreut wird. Diese Autorinnen und Autoren sind Mitglieder eines Gemeinschaftsprojekts von Forschenden aus unterschiedlichen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen, vornehmlich aus Deutschland, die sich mit dem Thema Diskurs im weitesten Sinne befassen.

Und damit deutet sich bereits das Dilemma dieses Projektes an: Die hier vorgelegten rund 60 Artikel operieren mit den unterschiedlichsten Diskursbegriffen und beziehen auch solche Konzepte ein, die mit gängigen Verständnissen von Diskurs in den Wissenschaften nichts zu tun haben, sondern nahezu die gesamte Erforschung des Verhältnisses von Sprache und Kultur in Deutschland und Frankreich sowie in England in den Blick nehmen, und zwar aktuell wie historisch. Dies führt jedoch zu einer derartigen Fülle von Theorien und Methoden und zu einem letztlich nicht mehr zu überschauenden pluralistischen Feld von Ansätzen und Problemen, an dem jeder Versuch des Ordnen und Sortierens scheitert und scheitern muss.

Das sehen die Beiträgerinnen und Beiträger zu diesem dennoch sehr anspruchsvollen Projekt auch selbst, wenn sie von einer kaleidoskopartigen Fülle der vielfältigen Möglichkeiten und Problematiken dieses riesigen Anspruches sprechen. Dies äußert sich besonders im zweiten Band dieser Aufsatzsammlung, in dem es darum geht, die im ersten Band dargelegten Theorien und Methoden (Bruchstücke) in konkrete Forschungspraxis umzusetzen. Der Versuch, das Problem der Nicht-

Überschaubarkeit und Nicht-Darstellbarkeit des Feldes der aktuellen Diskursforschung dadurch zu bändigen, dass die Autorinnen und Autoren im zweiten Band bei ihren Analysen auf die Befassung mit einem einzigen Gegenstand verpflichtet wurden – der Bologna-Hochschulreform – resultiert in einem chaotischen Pluralismus, der dadurch noch unübersichtlicher wird, dass die Ansätze aus dem ersten Band im zweiten kaum Beachtung finden.



Das rhyzomartig-chaotische Wuchern des Diskurses zur Diskursforschung erfährt hier nur seine weitere Fortsetzung. Den Herausgeberinnen und Herausgebern dieses etwas voreilig so genannten Handbuches ist das letztendlich aber auch selbst aufgefallen, wenn sie im Abgesang zu diesem Projektbericht von der Notwendigkeit einer Diskursanalyse des Diskurses der Diskursforschung sprechen.

Doch selbst in dieser Einsicht verbirgt sich der grundsätzliche Fehler dieses Projekts: will man nämlich einen Diskurs erforschen und analysieren, sollte man ihn zunächst erst einmal – sozusagen als ersten Schritt einer Diskursanalyse – genauer bestimmen. Das ist leider bei diesem Projekt nicht der Fall. Damit sei auf ein weiteres Problem dieses Projektes hingewiesen: Immer wieder taucht – in den verschiedensten Variationen – die Frage auf, wie man den Gegenstand einer Diskursanaly-

se überhaupt erfassen kann. Wie sieht das Korpus einer Diskursanalyse aus? Finde ich es einfach vor, zum Beispiel in den riesigen Korpora des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim? Oder muss ich es mir selbst erarbeiten? Hilft mir die Korpuslinguistik hier weiter oder eine Dauerbeobachtung eines oder tausender von Medien? Was ist mit dem Internet und seinen oft ungreifbaren Flüchtigkeiten? Wann fängt der zu analysierende Diskurs an und wann hört er auf? Dabei wird übersehen, dass die Erfassung eines Diskurses bereits Teil und zwar ein wichtiger Teil der Diskursanalyse und dieser nicht äußerlich ist.

Nun ist nicht zu bestreiten, dass diese beiden Bände auch eine Reihe interessanter Anregungen enthalten. So befassen sich einige Aufsätze mit den Medien, mit Problemen des Internets, mit der Frage, ob Diskursanalyse kritisch zu sein habe oder sich mit der Beschreibung von Diskursen zu begnügen habe. Diese und andere Fragen deuten an, wie hoch der Anspruch ist, den die Autor\_innen und Herausgeber\_innen an sich und an ihre Leser\_innen und an die gesamten (Geistes- und Sozial-)Wissenschaften einschließlich der Philosophie, aber leider nicht der Naturwissenschaften, herantragen, die sie allerdings nur selten und wenn meist nur auf althergebrachte Weise ein wenig zu beantworten vermögen. Auf einige dieser Anregungen möchte ich abschließend kurz eingehen.

In dem kurzen Artikel von Stefan Meier und Christian Pentzold: *Diskursforschung in den Kommunikations- und Medienwissenschaften* (I, 118-129) wird zunächst einmal konstatiert, dass die Kommunikationswissenschaften über keinen genuinen Diskursbegriff verfügen. Weshalb sie dann hier angeführt werden, bleibt allerdings Geheimnis der Verfasser. Zu den Medienwissenschaften wird vorgeschlagen, Diskursanalyse und Inhaltsanalyse miteinander zu verbinden. Das kann man ja machen, wenn man davon ausgeht, dass die Medienwissenschaft unter Diskurs „zumeist eine Abfolge von Redeinheiten“ versteht. (123) So trivialisiert, kann jede(r) damit machen, was ihm/ihr in den Sinn kommt.

\* Der Rezensionsteil dieses Artikels ist auch erschienen in der online-Zeitschrift *r:k:m*. (<http://www.rkm-journal.de/archives/17341>, Abruf 22.5.2015)

Bei dem Artikel von Stefan Meier und Juliette Wedl: Von der Medienvergessenheit der Diskursanalyse. Reflexionen zum Zusammenhang von Dispositiv, Medien und Gouvernementalität (1, 411-435) handelt es sich um einen dialogisch entwickelten Text, in dem mehrere fiktive Teilnehmer\_innen so richtig kreativ chatten und skypen. Es geht hier um die Bedeutung der Techniken, unter Bezug auf Luhmann, der sich auf Inhalte konzentrierte und nicht auf Funktionsweisen, die aber die Teilnehmer\_innen besonders zu interessieren scheinen. Es folgen Hinweise auf die Kompliziertheit der Internetmedien, auf Unterbrechungen und Überlagerungen, die durch die Art und Weise der Kommunikation in den Internetmedien entstehen. So heißt es, „Das genutzte Medium strukturiert jeweils das Gesagte mit“ (1, 417) Es geht um Unterschiede zu Zeitungsmedien. Medialität spielt eine besondere Rolle sowie Medienmacht, die Möglichkeit der Massenmedien, Sagbarkeiten zu produzieren. Diskutiert wird das Mediendispositiv als Apparat im Ausgang, ein Verständnis, das dem Begriff des Dispositivs zu Grunde liege. Sodann werden unterschiedliche Medienbegriffe sowie mediale Kommunikation und Gattungen diskutiert. Massenmedien sollten als Regierungstechnologien verstanden werden. Sie seien Subjektivationsmaschinen. Subjektivation meine dabei den Prozess des Unterworfenwerdens durch Macht und den Prozess der Subjektwerdung. Eine genaue zeichentheoretische Bestimmung fehle jedoch. Diskurs umfasse nicht nur die Inhalte der Äußerungen, sondern auch deren stilistische Gestaltetheit (Schrift, Bilder, Layout etc.). Angesprochen wird auch das Thema der großen Materialmengen bei elektronischen Zeitungsartikeln.

Damit sind mehrere interessante Themen angesprochen, die zum weiteren Nachdenken anregen oder daran erinnern, dass in der Medienwissenschaft kein (klarer) Diskursbegriff vorliegt. Den interessierten Medienwissenschaftler aber werden diese teilweise sehr eklektischen Baustellen kaum von der Wichtigkeit der Diskursforschung überzeugen können.

Was aber sind die Vorteile der Diskursforschung, was macht ihre Attraktivität aus gegenüber der Vielfalt der vorhandenen und etablierten interdisziplinär-sozialwissenschaftlichen theoretischen und

methodischen Ansätzen? Dies scheint die Mehrheit der Autor\_innen und Herausgeber\_innen dieses ‚Handbuchs‘ kaum oder gar nicht zu interessieren.

Das kritische Potential von Diskursanalysen kommt in diesem ‚Handbuch‘ nur ganz am Rande vor, nämlich nur dort, wo es um den Stand der Forschung geht. Und wenn es angesprochen wird, dann eher in Gestalt von Sprachkritik – so z.B. bei Alfonso Del Percio und Martin Reisingl<sup>1</sup> – oder als Kritik an rhetorischen Tricks bei Jan Zienkowski.<sup>2</sup> Dass es auch um Kritik und Hinterfragung angeblich eherner und ewig gültig scheinender Wahrheiten gehen kann, kommt den Herausgeber\_innen und Autor\_innen offenbar nicht in den Sinn. Für diejenigen, die sich in die Diskursforschung erst einmal einarbeiten möchten, ist dieses angebliche Handbuch daher völlig ungeeignet und für erfahrene Forscher\_innen ist es wenig hilfreich.

## 2. Schritt:

### Verlorene Liebesmüh: Der Diskurs dieser Diskursforschung (am Beispiel der Artikel zum Bologna-Prozess)

Den Autor\_innen des zweiten Bandes sind zwei Teilkorpora zur Verfügung gestellt worden, die sie ziemlich freihändig ihren Diskursanalysen zu Grunde legen oder auch beliebig erweitern konnten. Beim ersten Teilkorpus handelt es sich um eine umfangreiche Sammlung von Preetexten, beim zweiten um eine Sammlung von Texten unterschiedlicher Textsorten; „um“ wie es heißt, „unterschiedlichen diskursanalytischen Zugängen adäquates Material zu bieten“ (2, 31f.) Das Material scheint hier bestimmen zu sollen, mit welchem Zugang es traktiert werden kann. Die erste Stufe einer Diskursanalyse; den Diskurs auf der Äußerungsebene, also als (repräsentatives) Material zu erfassen, wird so von Anbeginn an ausgelassen. Eine irgendwie aussagekräftige Diskursanalyse kann deshalb nicht erwartet werden. Stattdessen werden die beiden Korpora in den rund 60 vorgestellten Aufsätzen nur als nahezu beliebiges Spielmaterial verwendet. Diskursanalyse findet nicht statt.

1 Alfonso Del Percio, Martin Reisingl: Angewandte Diskursforschung, 1, 317-339

2 Jan Zienkowski: Kritisches Bewusstsein durch den Gebrauch metapragmatischer Marker. Eine Kritik des Bologna-Prozesses, 2, 502-527, Übersetzung aus dem Englischen.

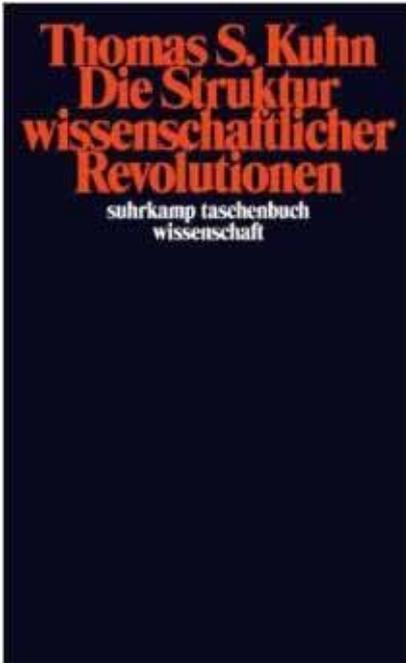
## 3. Schritt:

### Welche Ursachen hat dieser Unfug? Liegt es am Bologna Prozess oder steckt mehr dahinter?

Nach der Lektüre der beiden Bände und der Abfassung dieser Rezension drängt sich die Frage auf, wie es zu diesem Desaster kommen konnte. Die meisten der Autor\_innen sind mir durchaus bekannt, und ich meine, dass sie in ihrer Mehrheit tüchtige und ausgezeichnete Wissenschaftler\_innen sind. Meine Rezension, die selbst keine Diskursanalyse ist und dies auch nicht sein kann, sondern eben eine eher traditionelle Rezension, lässt die Vermutung zu, dass die Autor\_innen offenbar unter einem äußeren Druck standen und stehen, recht schnell und durchaus spektakulär ein Grundlagenwerk zu publizieren. Bereits dies kennzeichnet die Situation insbesondere jüngerer Wissenschaftler\_innen an den europäischen Universitäten, die seit längerem durch den Spruch ‚Publish or perish‘ recht zutreffend gekennzeichnet ist. Und dieser Druck, der auf diesen Wissenschaft\_innen und besonders auf dem sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchs lastet, hat sich seit und durch den Bolognaprozess erheblich verschärft.

Bei den vorliegenden Bänden handelt es sich um einen an sich sehr zu begrüßenden Versuch, ein neues wissenschaftliches Paradigma zu etablieren und zu besetzen: die Diskursforschung, die seit Mitte der 1980er Jahre in nahezu allen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen Fuß zu fassen begonnen hat. Es ist bekannt, dass solche Prozesse erstens sehr langwierig vonstatten gehen und zweitens meistens ziemlich chaotisch verlaufen, weil die Ablösung von den tradierten Paradigmen nicht einfach ist. (Vgl. dazu Kuhn 1996.) Unter einem Druck wie dem Bologna-Prozess erhöht sich diese Belastung enorm, zumal dieser einen gesteigerten Konkurrenz-Kampf um die wenigen wissenschaftlichen Stellen zur Folge hat, die den Hochschulen überhaupt noch zur Verfügung stehen. Denn der Bologna-Prozess ist zugleich ein Element der Durchsetzung stärkerer Rationalisierung und Kommerzialisierung der gesamten Bildungslandschaft, das einer gründlichen Analyse bedürfte.

Das Verdienst der Herausgeber\_innen und Autor\_innen der beiden Bände besteht denn auch darin, dass sie eine sol-



che Analyse einfordern. Zu bedauern ist allerdings, dass sie diese nicht einmal im Ansatz in Angriff genommen haben. Dies hätte den dringend notwendigen wissenschaftlich fundierten Protest gegen den Bologna-Prozess möglich gemacht, auf den nun weiterhin zu warten ist.

#### 4. Schritt:

**Der Begriff des Diskurses oder: Ohne eine explizite Diskurstheorie kann es keinen brauchbaren Diskursbegriff und also auch keine Methode der Diskursanalyse geben; insbesondere nicht einer Kritischen Diskursanalyse.**

Die von mir vertretene Kritische Diskursanalyse ist eine philosophisch begründete Methode, die sich auf die Werke des französischen Philosophen Michel Foucault stützt, also auf seine Diskurstheorie. Insofern ist sie angewandte Diskurstheorie.

Diskursforschung jeglicher Art muss sich meines Erachtens auf eine Methode beziehen. Diese jedoch sollte nicht als eine weitere sozialwissenschaftliche Methode neben zig anderen missverstanden werden, denn sie sollte auf einem expliziten Diskursbegriff beruhen, der sich erst im Rahmen einer Diskurstheorie entwickeln lässt. Dem liegt keineswegs die Annahme zugrunde, es gäbe die einzig wahre und daher einzig richtige Diskurstheorie. Mir geht es um eine brauchbare und robuste Methode der Diskursanalyse, die ihre Brauchbarkeit dadurch erweist, dass sie dabei hilft, zu brauchbaren wissenschaftli-

chen Ergebnissen beizutragen. Brauchbare und robuste Ergebnisse von Diskursanalysen sind meines Erachtens solche, die gesellschaftliche Diskurse aller Art erfassen und sie damit auch erst einer Kritik zuführen lassen und damit für die Bildung der Subjekte und ihrer Handlungsmöglichkeiten und -fähigkeiten relevant sind.

Das ist ein hoher Anspruch, weil mit dem Konzept der Kritik das Problem der Wahrheit ins Spiel kommt. Denn auf welches Verständnis von Wahrheit und Richtigkeit kann sich Kritik stützen. Diesem grundsätzlichen philosophischen Problem ist dadurch begegnet, dass man nicht von einem absoluten Begriff von Wahrheit ausgeht, sondern immer nur von historisch und räumlich jeweils gültigen Wahrheiten. Diese sind also niemals absolut, sondern ändern sich, je nach den vorherrschenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die in unterschiedlichen Zeiten und Räumen vorliegen. Das zeigt: sie sind selbst revidierbar und kritisierbar und somit auch keine Selbstverständlichkeiten. Das gilt auch für wissenschaftliche Diskurse aller Art. Auch sie ereignen sich immer im Rahmen diskursiver Kämpfe in unterschiedlichen Zeiten und Räumen.

Diese Überlegungen orientieren sich an der Diskurstheorie Michel Foucaults, die er in seinen theoretischen Schriften und im Rahmen seiner empirischen Analysen schrittweise vorgelegt hat.

Mir scheint, dass sich seine Diskurstheorie und sein Diskursbegriff folgendermaßen knapp zusammenfassen lassen: Der Diskurs ist der Fluss von Wissen durch Zeiten und Räume, die sich oft überlappen und damit gegenseitig beeinflussen und verändern. Diskurse produzieren Subjekte und vermittelt durch sie Gesellschaften, insofern haben Diskurse Macht; und wenn sie blockiert werden, sind sie Ausdruck von Herrschaft.

In aller Regel brechen Diskurse nicht einfach ab. Sie fließen durch Zeiten und Räume und haben meist eine gewisse Festigkeit, so dass auch historisch ältere Diskurse aktuelle und zukünftige Diskurse (mit-) prägen können und das in aller Regel auch tun. Immer spannender wird auch der Einfluss grenzüberschreitender Diskurse

#### 5. Schritt: Schlussbemerkung

Diese knappen Bemerkungen beruhen im Kern auf Erfahrungen mit einer Vielzahl

von eigenen kritischen Diskursanalysen<sup>3</sup> und auf intensiver Lektüre insbesondere der Arbeiten Foucaults. Dieser hat keine geschlossene Diskurstheorie aufgeschrieben, sondern in Verbindung mit seinen Analysen und Schriften und Vorlesungen in einem längeren Arbeitsprozess gearbeitet.

#### Literatur

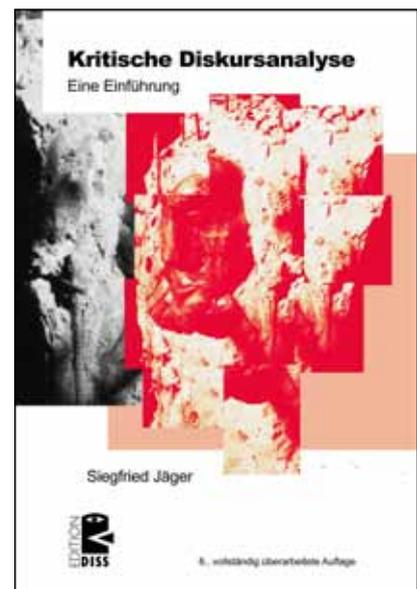
Johannes Angermüller, Martin Nonhoff, Eva Herschinger, Felicitas Macgilchrist, Martin Reissigl, Juliette Wedl, Daniel Wrana, Alexander Ziem (Hg.) 2014: Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen. Band 2: Methoden und Praxis der Diskursanalyse. Perspektiven auf Hochschulreformdiskurse, Bielefeld: transcript Verlag.

Margarete Jäger / Siegfried Jäger 2007: Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden: VS-Verlag.

Siegfried Jäger 2012: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, 6., vollständig überarbeitete Auflage, Münster: Unrast.

Thomas S. Kuhn 1996: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, 13. Auflage, Frankfurt: Suhrkamp.

*Prof. Dr. Siegfried Jäger ist stellvertretender Vorsitzender des DISS.*



<sup>3</sup> Siehe dazu Jäger/Jäger 2007, in dem einige diskursanalytische Projekte des DISS skizziert sind. Die 6. Auflage der KDA ist 2012 im Unrast-Verlag Münster erschienen.



Demonstration gegen die Kriminalisierung der G8-Proteste.

Foto: Fabian Bromann/flickr.com (CC BY 2.0)

## Ausnahmezustand

### Diskursanalyse des G8-Gipfels in Heiligendamm\*

Von Anna-Lena Dießelmann

Gegenwärtige Katastrophen und Krisen lassen vermuten, dass das Verhältnis zwischen dem Normalverlauf und dem Ausnahmezustand immer häufiger ins Wanken gerät. Es gibt keine ausgewogenen langen Phasen eines planmäßigen Systemverlaufs mit seltenen, je kurzen Unterbrechungen (mehr). Ausdrücke wie *Notstand*<sup>1</sup> und *Krise* gewinnen deshalb eine charakteristische Ambivalenz: Einerseits stehen sie für den Inbegriff „außerdiskursiver“ *Ereignisse* (Balke et al. 1992), andererseits müssen sie per definitionem „ausgerufen“, also diskursiv zirkuliert werden. Darin besteht ihre linguisti-

1 *Kursivierungen* markieren im Folgenden Ausdrücke, die als Topoi im Analysekorpus vorkommen, GROSSBUCHSTABEN dahingegen die analytisch gewonnenen, übergeordneten Kategorien LAGE und FEIND.

\* Dieser Artikel stellt komprimiert die Ergebnisse einer längeren Forschungsarbeit vor, die im Sommer 2015 im Universi Verlag unter dem Titel „Ausnahmezustand im Sicherheits- und Krisendiskurs“ erscheinen wird.

sche oder diskursive Ausgangsspannung. Innerhalb der Diskurse, die solche *Krisen* begleiten, bietet der Begriff „Ausnahme“ gerade wegen seiner Deutungsoffenheit vielfältige Bezugsmöglichkeiten und wird daher höchst inflationär benutzt<sup>2</sup>. Doch welche Konsequenzen hat eine solche unscharfe Semantik des Ausnahmezustands abseits ihrer skandalisierenden Wirkung und der rhetorischen Schlagkraft? Was sind die konstituierenden Diskursmuster und Maßnahmen, die im Falle eines *Ausnahmezustands* greifen, und die der italienische Philosoph Giorgio Agamben bewusst provokativ als „innerste Solidarität zwischen Demokratie und Totalitarismus“ (Agamben 2002, 20) beschreibt?

2 Unter „Begriff“ verstehe ich [...] hier nicht, was Philosophie und Logik (oder Psychologie) darunter gewöhnlich verstehen, sondern eben die semantisch-kommunikativen Komplexe, die als ‚Indikatoren und Faktoren‘ (Koselleck) gesellschaftlicher Selbstdeutungsprozesse funktionieren“ (vgl. Deus et al. 2014, 5).

Die *Ausnahme*, der *Notstand* und die *Katastrophe* fungieren im Diskurs als „Allgemeinplatz“, von deren Verwendung auf die Motive der Akteure geschlossen werden kann: „Die Vielzahl von Katastrophenerklärungen lässt auf einen politischen Willen schließen, der mit und durch den Ausnahmezustand zu regieren versucht.“ (Hempel / Markwart 2011, 7) Es handelt sich bei diesem politischen Willen weniger um einen subjektiven Wunsch als vielmehr um die Durchsetzung einer politischen Hegemonie bestimmter Kollektive oder zumindest deren Hegemonialisierungsversuche. Wie auch Carl Schmitt schon wusste, verstecken politische Systeme ihre paradoxen und widersprüchlichen Grundlagen in den Regelungen, die sie für den Ausnahmezustand treffen.<sup>3</sup> Normalität ist

3 Wie das im Einzelnen aussieht, hat für unsere Erwartungen auch mit dem Normalitätsstatus des betroffenen Landes zu tun. So erwarten wir in Ländern mit niedrigem Normalitätsstatus einen fast permanenten Ausnahmezustand

labil. Hierzulande unterstreicht man den stets prekären Charakter der politischen Normalität, damit sie nicht in den Bereich einer Gehlen'schen selbstverständlichen „Hintergrundserfüllung“ einrückt, indem man die politischen Freiheiten in der Hauptsache schon dadurch als gefährdet sieht, dass sie in Anspruch genommen werden. Opposition zerfällt dann in einen (von den staatstragenden Parteien bewirtschafteten) „zivilgesellschaftlichen“ Teil, von dem *Störer*, *Straftäter* und *Militante* auf der anderen Seite mit flexiblen diskursiven Mitteln abgegrenzt werden<sup>4</sup>. Normalität ist auf dem Weg, ein fiktives diskursives „Zentralgebiet“ im Sinne Schmitts zu werden, ein diskursives Feld, in das politische Konflikte projiziert werden und auf dem sie auch ausgetragen werden können. Die Erkenntnis der grundlegenden Strukturen dieses diskursiven Feldes, ist daher zum Verständnis gesellschaftlicher Ist-Zustände von zentraler Bedeutung.<sup>5</sup>

Prototypische politische und juristische Topoi<sup>6</sup> besonders in Bedrohungsszenarien

(bis hin zum failed state). Die Demonstrationen in Tunesien im Jahr 2011 beispielsweise haben den Staat gezwungen, den langjährigen (staatlich erklärten) Ausnahmezustand aufzuheben, ihn dadurch aber faktisch herzustellen. In Ägypten ist just das nicht gelungen. Von Ländern der europäischen Union wird dagegen eher ein hoher „Normalitätsstandard“ erwartet – aufgrund dessen sich die deutsche Öffentlichkeit umso mehr überrascht über den drohenden Abstieg z.B. Griechenlands in eine untere Normalitätsklasse während und wegen der Finanzkrise zeigt. Ob und wenn ja, wann, Griechenland bereits in eine untere Klasse abgestiegen ist, lässt sich diskutieren. Der Schock z.B. der deutschen Medien über den Zustand Griechenlands illustriert die Erwartungen, die an obere Normalitätsklassen gerichtet sind – ebenso wie deren Hetze gegen die Griechen die Panik vor einem drohenden Verlust der eigenen Normalität verbildlicht.

4 Die einschlägigen Widersprüche sind dann besonders scharf und pointiert, wenn die erklärten Ziele auf beiden Seiten die gleichen sind. Etwa im Kampf gegen Neonazis muss die Exekutive den Vorwurf entkräften „auf dem rechten Auge blind“ zu sein und will zugleich die nicht zum „Aufstand der Anständigen“ zählenden Antifaschist\*innen als undemokratische Gewalttäter kodieren.

5 Einige solcher Diskursivierungen des Ausnahmezustands im mediopolitischen Diskurs der BRD und deren Strukturen werden in Diebelmann 2015 ausführlich aufgezeigt.

6 Diese Arbeit vermag keine quantitativen Ergebnisse zu produzieren, da die Texte aus dem Archiv der LPol M-V nicht vollständig zugäng-

wie *Krisen* oder *Katastrophen* lassen sich als szenische Momente mit Burkes key-terms (vgl. Burke 1969, 503ff) analysieren, um zu zeigen, dass über Sprache eine schleichende Implementierung stattfindet, die sich in Normen als materielles Substrat niederschlägt. Am Fallbeispiel Heiligendamm können mit diesen Kategorien gezielte Falschmeldungen, aktives Einwirken der Exekutive auf Gesetzesarbeit bzw. Manipulation von Rechtsprechung als Handwerkszeug eines solchen Dispositivs ausgemacht werden (vgl. Diebelmann 2015). Damit ist die Gewaltenteilung – die im Ausnahmezustand aufgehoben wird – nicht nur faktisch umlaufen, sondern über die Institutionalisierung sprachlicher Praktiken diese Aufhebung normalisiert worden. Präventionslogiken, Effizienzge-

lich sind. Daher werden sowohl einzelne Belegstellen angeführt und bei auffällender Häufigkeit auf diese hingewiesen. Topoi wurden aufgenommen, wenn sie mindestens fünfmal explizit gefunden wurden.

bote und gezielte Manipulierung der Berichterstattung durch die Polizei sind Beispiele solcher institutionalisierter Sprachmuster. Im Zuge dieser Analyse fällt u.a. die Beziehung zwischen Recht und Rechtlosigkeit auf: Der *Ausnahmezustand* legiti-mierte sich ursprünglich aus der Notwendigkeit eines Übergangszustands zur Erhaltung der Ordnung bei äußeren Gefahren als Notstandsgesetz. Unter dieser Ausnahmesituation wurden und werden demokratische Grundlagen, wie z.B. die Gewaltenteilung, aufgehoben und so politische Ausnahmezustände möglich. Die deutschen Sicherheitsgesetze wurden gewissermaßen mittels Dramatisierung auf der Ebene der Lagebeschreibung (scene) und der Feindbilder (purpose und agent) „heiligendammisiert“.

### Scene

Der Verlauf der Legitimation des größten Polizeieinsatzes kann an einigen Eck-

## Material der Untersuchung

Das Korpus umfasst a) Material der internen Kommunikation der Behörden wie Gesprächsprotokolle, Mitteilungen, E-Mails und Protokolle des internen Einsatzfunks; b) Pressemitteilungen und sonstige Kommunikation an die Öffentlichkeit und b) Gerichtsurteile und Gesetzesnovellen. Nach einer Sichtung des Materials zu dem Ereignis wurde eine beispielhafte Materialmenge ausgewählt, die sowohl formal als auch inhaltlich den Diskurs wiedergibt und abdeckt. Obwohl die Auswahl stichprobenartig erscheinen mag, kann sie doch den Diskursstrang vollständig – im Sinne einer inhaltlichen und formalen Sättigung – abbilden.

Die Dokumente, anhand derer die behördeninternen Kommunikationsmuster analysiert werden, die als Partikel der Machtkommunikation im Hinblick auf die Proteste in Heiligendamm untersucht werden, konnten im Zentralarchiv der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern (ZLP M-V) erhoben werden, darunter die archivierten Dokumente zur Abwicklung des Großeinsatzes, wie Abrechnungsbescheide der Verpflegung der Beam\*innen, interne Korrespondenzen, Protokolle der Gespräche mit Anwohner\*innen und der Absprachen mit der Bundeswehr. Eine Auflistung der gesichteten Bestände sowie die Zitationsweise der Belegstellen aus dem ZLP M-V, das nach einem eigenen Kennzeichnungsverfahren erfolgt, können bei der Autorin eingesehen werden.

Neben der eigens gegründeten Besonderen Aufbauorganisation (BAO) Kavala stehen das Bundeskriminalamt (BKA), das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (Mdi M-V), das Bundesinnenministerium (BMI), das Bundesverwaltungsgericht (BVerfG), das Bundesministerium der Verteidigung (BdV) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) als Akteure im Fokus der Auswertung. Durch ihre jeweilige öffentliche Kommunikation pflegen sie unterschiedliche Images, darunter z.B. stellt sich das BKA stets als kompetenten, neutralen Beobachter dar, das Mdi M-V präsentiert sich als politische, übergeordnete Instanz – ähnlich das BMI. Das BVerfG präsentiert seine politischen Entscheidungen im Kontext dieser Analyse stets als Resultate von Sachzwanglogiken. Das BdV (auch stellvertretend für andere Einheiten der Bundeswehr) inszeniert sich als Dienstleister der übrigen Sicherheitsbehörden. Die GdP verfolgt hingegen ausweislich der Analyse eine klare Imagestrategie, in der die Darstellung der Polizist\*innen als Opfer dominiert.

punkten chronologisch nachvollzogen werden. Aufschlussreich ist die Bewertung der scene oder LAGE durch BKA, Bundesnachrichtendienst (BND) und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), die sich anhand der archivierten internen Kommunikation in groben Zügen nachzeichnen lassen. So lässt sich zeigen, dass die Einschätzung der Gefahrenlage durch BKA, BND und BfV stets weit unter der veröffentlichten Einschätzung der Polizei und der BAO Kavala zurück blieb. Kavalas Pressemitteilungen und deren Begründungen rechtlicher Schritte in der *besonderen Lage* widersprachen der Einschätzung der Behörden. So lehnte das BVerfG z.B. lediglich wegen eines „Sicherheitsrisikos“ den angemeldeten Sternmarsch ab: „Sternmarsch‘ darf angesichts der Sicherheitsrisiken nicht in der Verbotszone um G8-Tagungsort stattfinden.“ (BVerfG 06.06.2007). Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hingegen spricht von einer *Besonderen Lage*: „Im Hinblick auf die geplante ‚Aktionswoche‘ gegen das G8-Treffen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) - im Einvernehmen mit der Landesbehörde für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern (LfV M-V) - am 31. Mai 2007 eine ‚Besondere Lage‘ festgestellt.“ (29 LB BfV VS 31.05.2007). Kavala hingegen spricht öffentlich von einer *Krise* und später von einem *Notstand* (13 IM OBR VS 24.04.2006). Dieser Widerspruch und die internen Konflikte und Kritiken fanden ausschließlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die den Gipfel begleitenden rechtlich-juristischen Konflikte, die sich stark auf die Bedrohungslage als zu Grunde liegende szenische Legitimation für Sondererlasse beziehen, zeigen die für die These des permanent implementierten *Ausnahmestands* relevanten diskursiven Praktiken.

### Purpose

*Friedliche Demonstranten* dienen Kavala als Legitimationsressource für Polizeieinsätze, da sie im Diskurs nicht als agents, sondern als purpose erscheinen. Dieser Topos umfasst diejenigen Personen, die im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten ihre Meinung oder auch ihren politischen Widerspruch kundtun, allerdings mittels Formen des Protestes, die hegemonial als legitim anerkannt sind – sprich: gewaltlos. Mit diesem Topos diskursiv eng verknüpft werden die

## Chronologie des G8-Gipfels in Heiligendamm

Der G8-Gipfel ist eine informelle Tagung der „Gruppe der 8“ (BRD, Japan, die USA, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada und von 1998 bis 2014 Russland). Den Vorsitz und damit die Organisation des jährlichen Treffens übernimmt jeweils ein Land für die Dauer eines Jahres. Das G8-Treffen ist ein „Abstimmungsforum“, das Fragen der Weltwirtschaft in einem informellen Rahmen erörtert. Die G8 wird dafür kritisiert, dass sie keine offizielle internationale Organisation sei und keine demokratische Legitimation habe. Der Gipfel als internationales Netzwerk beruhe auf keinen inhaltlichen oder rechtlichen Grundlagenentschlüssen. Die Zugehörigkeit hänge nicht von demokratischen Entscheidungen, sondern von wirtschaftlicher Stärke ab (vgl. Gstöhl 2007).

Am 23. Dezember 2004 wurde der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns die Entscheidung der Bundesregierung für Heiligendamm als Veranstaltungsort des G8-Gipfels 2007 mitgeteilt. Im Landesinnenministerium wurde augenblicklich die „Projektgruppe G8“ gegründet. Auf Bundesebene ist der Einsatz Aufgabe der Innenministerkonferenz (IMK), deren verantwortliche Projektgruppe des „Unterausschusses Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung“ (UAFEK) erarbeitete eine „Rahmenkonzeption“ zur „Durchführung abgestimmter polizeilicher Maßnahmen der Länder und des Bundes“ – diese blieb auch auf Anfrage unter Verschluss. Anfang des Jahres 2006 wurde der deutschen Öffentlichkeit bekannt gegeben, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel im Namen der Bundesregierung die Staatschefs der G8 Staaten zum jährlich stattfindenden G8-Gipfel im Rahmen des Vorsitzes Deutschlands vom 6.-8.Juni 2007 nach Heiligendamm einladen wird.

Grundrechte, die *friedliche Demonstranten* in Anspruch nehmen. Sie stünden auf der Seite von Recht und Gesetz, heißt es, seien „friedlich und legitim“ (MdI M-V, 13.06.07), handeln im legalen Rahmen, solange sie die Anweisungen der Polizei befolgen. Sie dienen in den Begründungslogiken der Einsätze als Medium für Hochwerte wie *Sicherheit* und *Rechtsstaatlichkeit*. Kavala schreibt: „Wir erwarten viele friedliche Meinungsäußerungen und werden diese Demonstrationen vor unfriedlichen und gewaltbereiten Kundgebungsteilnehmern schützen“ (Kavala 2007, 4). Die Gleichsetzung von „friedlich“ und „legitim“ zeichnet alle Kommunikationen der Behörden aus. *Friedliche Demonstranten* kommen in der internen Kommunikation der unterschiedlichen Polizeieinheiten an keiner Stelle vor. In der Kommunikation Kavalas mit anderen Behörden und in der öffentlichen Kommunikation werden *friedliche Demonstranten* ausschließlich als Opfer von gewalttätigen Demonstrierenden angeführt, nie als aktiv handelnde Personen. Um das Verhältnis von *friedlichen Demonstranten* zu den verschiedenen FEINDBILDERN fruchtbar machen zu

können, müssen diese Gruppen zunächst deutlich in Abgrenzung zueinander definiert werden. Dazu wird das Alleinstellungsmerkmal *friedlich* in Kontrast zu unterschiedlichen Synonymen von *gewaltbereit* gesetzt. Diese Klassifizierung findet auch auf einzelne Aktionen wie Demonstrationen oder Blockaden übertragen:

„Auch wenn die Massenblockaden erfahrungsgemäß durch überwiegend friedliche Gipfelgegner gebildet werden ist nicht auszuschließen, dass unfriedliche und militante Personen oder Personengruppen die Masse der friedlichen Versammlungsteilnehmer als Deckung für ihre gewalttätigen Aktionen nutzen“ (Kavala 02.02.2007).

Die *friedlichen Demonstranten* werden „szenisiert“. In allen positiven Meldungen über Blockaden sowohl in den Medien als auch von Kavala wird auf die Friedlichkeit verwiesen.

### Agent

FEINDE sind in der Darstellung Kavalas die für *Gefahr* und *Risiko* verantwortlichen agents. Diese Darstellung erlaubt



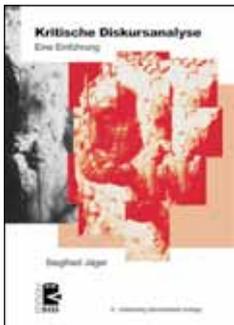
Siegfried Jäger/Jens Zimmermann  
(hg. in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS)

### Lexikon Kritische Diskursanalyse

Eine Werkzeugkiste.

Edition DISS Bd. 26, Münster: Unrast  
144 S., 16 Euro

Das Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzten Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen. Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das Lexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger

### Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung

6. vollständig überarbeitete Auflage  
Edition DISS Bd. 3, Münster: Unrast  
258 S., 19,80 Euro

Mit der 6. Auflage erweitert Jäger sein paradigmatisches Einführungswerk zur Kritischen Diskursanalyse um eine dispositiva-analytische Perspektive. Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.

Kavala, eigene Verantwortlichkeiten als notwendige Reaktionen zu bezeichnen. Die agents bestimmen also die agency der contra-agents. FEINDBILDER dienen im Korpus der Kontrastierung von Hochwerten, die Beschreibungen dieser FEINDE in den Aussagen Kavalas sind sehr unterschiedlich – auch wenn sie in ihrer Konsequenz allesamt eine Konstitution von *Gefahr* beinhalten. Auch wenn der Feindbegriff damit eine zentrale Position einnimmt, verstehe ich mich keinesfalls als Schmittianerin. In Abgrenzung von Schmitt wird der Terminus Feind hier als frame-Benennung im Burke'schen Sinne verwendet. Denn die Pressearbeit Kavalas zielt konkret auf die Konstruktion von FEINDBILDERN und Feind-Freund-Schemata sowie die Etablierung von bestimmten Kollektivsymbolen. Der Begriff findet sich nicht explizit im Korpus, sondern dient der Darstellung der Dichotomie, eines Antagonismus, der Feinde diskursiv konstituiert. Demonstrant\*innen wurden kriminalisiert, so dass die potentielle Verletzung der öffentlichen Ordnung und die Gewaltbereitschaft im Diskurs Thema waren. Diese kontrastierende Logik der Unterscheidung zwischen Freund und FEIND ist klassisch für *Ausnahmestände*, da zwangsläufig im Moment der Ausnahme die Situation auf die drohende *Gefahr* reduziert wird. Die aufgezeichneten Sendungen des internen Funks und Radios lassen sehr deutlich die interne Informationsstrategie nachzeichnen.

Markant in dieser Gruppe der agents treten *Gewalttäter*, *Störer*, *Verrückte* und *Vermummte* hervor. Vor diesem Hintergrund müssen nicht nur die handfesten und konkreten Auswirkungen des von Kavala produzierten *Ausnahmestands* analysiert werden, sondern die Wahrnehmung einzelner Personen als *Gefahren* oder *Risiken* und das Verschwinden der individuellen Subjekte aus dem Diskurs zugunsten von (feindlichen) Gruppen. Die Entsubjektivierung der Verdächtigten, die mit dem Einsetzen von verallgemeinerbaren Risikozuschreibungen anstelle von individuellen Merkmalen Hand in Hand geht, führt in Heiligendamm zur Herabsetzung der Individuen zugunsten einer Zuordnung unter Kategorien der FEINDE nach allgemeinen Kriterien (vgl. Bröckling 2008).

Der besonders häufig von Kavala verwendete Topos der *Straftäter* ist aus zwei Aspekten besonders interessant: Zum einen, weil eine *Straftat* die Grundlage für richterliche Entscheidungen ist, zum anderen weil Kavala dem Begriff eine Bedeutung anhängt. Als *Straftäter* bezeichnen Kavala und das MdI M-V in ihrem Einsatz in Heiligendamm – entgegen der juristischen Bedeutung, die dem Alltagsverständnis des Begriffs nahe kommt – keine Person, die Straftaten begangen hat, sondern Personen, die verdächtigt werden, Straftaten zu begehen. In der Pressemitteilung des MdI M-V vom 13.06.07 heißt es: „Nach ersten Feststellungen wurden am 2. Juni in Rostock durch die Polizei 95 Straftäter festgenommen“ (MdI M-V 13.06.07). Immerhin zehn Tage nach den erwähnten Ereignissen vom 02.06.07 klingt diese Mitteilung zunächst schockierend. Die Zahl wirkt klar als Aussage, dass fast 100 Täter gestellt werden konnten. Diese Zahl lässt auf eine enorme Anzahl von Taten und TäterInnen schließen. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass nur ein Teil der TäterInnen tatsächlich gefasst werden konnte. Diese Aussage wird durch die zeitliche Distanz zum Ereignis als glaubwürdiger, verifizierter Tatsachenbericht zitiert. Allerdings resultierten lediglich 9 Haftbefehle und 24 Gewahrsamnahmen. Nicht allen 95 festgenommenen *Straftätern* konnten demnach Straftaten nachgewiesen werden. Durch diesen unpräzisen Gebrauch wird eine Vorverurteilung gegen die Personen vorgenommen.

Um den polizeilichen Ausnahmezustand in Heiligendamm als letztes Mittel zu legitimieren, spielte die Medienstrategie der Vereinnahmung von Protest durch Polizei und Regierung immer wieder in die Hände. In der Presseabteilung von Kavala wurde bereits Anfang 2006 bei der ersten internen Schulung zum Umgang mit der Öffentlichkeit Material ausgeteilt, welches Rückschlüsse auf die Kommunikationsintentionen und -strategien Kavalas zulässt. Das Material unterlag der Geheimhaltungsstufe VS (Verschlussache). Darin heißt es, die „Rolle der Öffentlichkeitsarbeit im Krisenmanagement“ solle nicht unterschätzt werden, denn „die Glaubwürdigkeit des Krisenmanagements hängt entscheidend davon ab, wie effektiv die Öffentlichkeitsarbeit funktioniert.“ (13 IM OBR VS 24.04.2006). Die politischen Forderungen



Foto: Fabian Bromann/flickr.com (CC BY 2.0)

des Protests und deren Recht auf Meinungsäußerung werden immer wieder als legitim hervorgehoben. Das ist kaum anders möglich, da Demokratie diese beiden bürgerlichen Rechte als wohl grundlegendste Mitbestimmungsrechte überhaupt definiert. In diesem Paradox muss das Gouvernement die Legitimation des demokratischen Systems als grundlegende Erzählung aufrechterhalten, obwohl es Demokratie permanent einschränkt. Es wird nicht einmal mehr versucht, den Antagonismus in Agonismus zu überführen, sondern das Politische wird still gestellt. In Heiligendamm luden Regierung und Polizei zu Partizipation ein. Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit im Betrieb von Merkel versuchten durch Bürgerbeteiligung, Kontakt zu Nicht-Regierungs-Organisationen und Gewerkschaften und dem „Junior G8-Treffen“ Anschein demokratischer Partizipation zu erwecken, um damit demokratische Input-Legitimität zu erhöhen. Partizipation ist das neue Zauberwort, mit dem Protest delegitimiert wird. Dazu wurde der Anschein erweckt, dass die Meinung der Protestierenden bereits erfragt wor-

den sei und so keine wirkliche politische Motivation hinter dem Protest stehe. Wer sich äußern wolle, der könne sich an der Demokratie beteiligen. Demonstrationen – als legale Form der demokratischen

Beteiligung – wurden lediglich insoweit „erlaubt“, solange sie keine politische Relevanz besitzen und das existente Gouvernement und seine Dispositive nicht ernsthaft in Frage zu stellen vermögen.

### Literatur

- Agamben, Giorgio 2002: *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Balke, Friedrich; Mechoulam, Eric; Wagner, Benno (Hg.) 1992: *Zeit des Ereignisses - Ende der Geschichte?* München: Wilhelm Fink Verlag (Materialität der Zeichen Reihe A, 9).
- Burke, Kenneth 1969: *A Grammar Of Motives*. Berkeley: University of California Press.
- Bröckling, Ulrich 2008: Vorbeugen ist besser... Zur Soziologie der Prävention. In: *Behemoth. A Journal on Civilisation* (1/2008), 38–48.
- Deus, Fabian; Dießelmann, Anna-Lena; Fischer, Luisa; Knobloch, Clemens (Hg.) 2014: *Die Kultur des Neoevolutionismus. Zur diskursiven Renaturalisierung von Mensch und Gesellschaft*. 1., Aufl. Bielefeld: Transcript (Edition Kulturwissenschaft, 41).
- Dießelmann, Anna-Lena 2015: *Ausnahmestandard im Sicherheits- und Krisendiskurs*. Siegen: Universitätsverlag Siegen (Reihe Sprach- und Kommunikationswissenschaften, 4) (i.E.).
- Gstühl, Sieglinde 2007: *Governance Through Government Networks. The G8 and International Organizations*. In: *Review of International Organizations* (2/2007), 1–37.
- Hempel, Leon; Markwart, Thomas 2011: *Ein Streit über die Katastrophe. Einleitung*. In: Leon Hempel, Marie Bartels und Thomas Markwart (Hg.): *Aufbruch ins Unversicherbare. Zum Katastrophendiskurs der Gegenwart*. 1. Aufl. Bielefeld: Transcript (Sozialtheorie), 7–28.

# Für eine faire Berichterstattung über demokratische Entscheidungen in Griechenland

## Appell von Deutsch-Griechen und Griechen-Deutschen

1.

Zurecht sagt Syriza: Das Europäische Haus kann nicht als Privateigentum der „Märkte“ und ihrer Kernmächte (vor allem Deutschlands) betrachtet werden. In ihm wohnen Länder wie Griechenland nicht bloß auf Widerruf zur Miete, um bei Mietrückstand von der Polizei auf die Straße gesetzt werden zu können. Das Europäische Haus wird Kondominium sein oder gar nicht.

2.

Kaum ist in Griechenland nach der Verfassung eine allgemeine freie, gleiche und geheime Wahl angekündigt, heult der Mainstream der deutschen mediopolitischen Klasse (von ehrenhaften Ausnahmen abgesehen) wie eine einzige Boje so auf, als ob dort eine Diktatur errichtet werden sollte. Wie in einem unter Sprachregelung stehenden Land hagelt es monoton und täglich, es

drohe der (demokratische!) Wahlsieg einer »europafeindlichen«, »europakritischen«, »populistischen«, »reformfeindlichen«, »linksradikalen«, »wirtschaftsfeindlichen« usw. Partei, die »das griechische Volk um die Früchte seiner schweren Opfer bringen«, die »internationalen Geldgeber vor den Kopf stoßen« und »Europa zurück in die Krise stürzen« wolle.

## Eine diskurspraktische Initiative

Von Jürgen Link

**Als die Wahlen vom 25. Januar 2015 in Griechenland angekündigt wurden und die Mehrheit der deutschen Mainstreammedien sofort auf Kalten-Kriegs-Modus gegen den befürchteten Sieg von Syriza schaltete, veröffentlichte die Zeitschrift kultuRRvolution den hier dokumentierten Appell. Dieser bereits vor der Wahl von über hundert Erstunterzeichnenden aus allen deutschgriechischen und philhellenischen Milieus getragene Appell erhielt nach der Wahl in Deutschland und Griechenland und erhielt bis Mitte Mai circa 1600 Unterschriften.**

Alle zehn Punkte des Appells waren absichtlich prognostisch so formuliert, dass sie im weiteren Verlauf erst ihre ganze Relevanz erweisen würden. Das bestätigte sich in einem teilweise erschreckenden, so nicht für möglich gehaltenen Ausmaß. Mit welcher erpresserischen Energie etwa Minister Schäuble seine Euro-Kollegen gleichschaltete, um die neue griechische Regierung zu isolieren und eine Zäsur gegenüber der Troikapolitik mit allen Mitteln zu verhindern, übertraf selbst unser gerütteltes Maß an Skepsis. So wurde der Appell zum Musterfall einer „nachhaltigen“ Intervention. Den stärksten Widerspruch (auch von sozialliberalen und grünen KollegInnen) ernteten wir gegen unseren Begriff „Mainstreammedien“ (das sei „wie Pegida“) und zu unserer Diagnose der „einäugigen Berichterstattung“: das sei übertrieben, diese Leitmedien würden durchaus ausgewogen berichten. Darüber konnte man nur den Kopf schütteln: In Interviews und Kommentaren (leider nur in Internetmedien oder freien Radios) sowie offenen Briefen an Schäuble und Merkel akzentuierten Initiatoren und Unterzeichnerinnen jeweils aktuelle Punkte des Appells. Dabei mussten wir konstatieren, dass genau unsere Punkte von Schäuble und seiner Richtung (auch in den Medien) zu den „verbotenen Wörtern“ avancierten: allen voran „Schuldenerlass“, aber auch unsere Feststellung, dass die griechische Krise keineswegs 100 Prozent „hausgemacht“ ist, sodann Begriffe wie „Brüningspolitik“ (perfekte Analogie Brünings-Schäuble: was bei Brünings der „Erfolg“ war, lernt jede

deutsche Schülerin). Genau diese Punkte aber kommen, wie wir erfuhren, in den Mainstreammedien „nicht durch“.

Dieser Appell ist ein Beispiel für eine politische Intervention, die sich sozusagen notwendig aus unseren Griechenland-Schwerpunkten in kRR 61/62, 2012 und kRR 66/67, 2014 ergab: 1 WNLIA – Weder abgeschottet „rein-wissenschaftlich“ – noch abgeschottet „rein politisch“ – lieber jenseits solcher binären Reduktionismen. Und zu welchen ganz wissenschaftlichen Einsichten über Mediendiskurse, Kollektivsymbolik und Feindbilder hat dieses Engagement nicht in wenigen Wochen geführt! Ebenso wie zu wissenschaftlichen Einsichten über die Funktionsweise von Hegemonie, über ihre Siebungs-, Filter- und Ausschlussmechanismen. So sind die Erfahrungen mit dieser Intervention ein ganz und gar „positivistisches“ Laborexperiment über die ganz und gar „empirische“ Struktur von Mainstreammedien: wie „Themen“ und Diskurspositionen normalistisch „gemainstream“ werden und wie mediales „Kapital“ (Pierre Bourdieu) automatisch zur Monopolisierung führt. Aber das Experiment zeigt auch, dass es Nicht-Mainstreammedien gibt: vor allem im Internet. Sowohl Telepolis wie Nachdenkseiten (sowie kleinere Internetmedien) berichteten über den Appell und trugen dadurch zur Proliferation bei. Aller Voraussicht nach wird die Relevanz des Appells auch bei Erscheinen dieses Hefts noch anhalten, wenn nicht gewachsen sein: Möglichkeit zum Unterzeichnen, Liste der Signaturen und aktuelle Informationen zum Appell im Internet unter (<http://appell-hellas.de>).

Zur Frage, ob es so etwas wie „Einäugigkeit“ in deutschen „Mainstreammedien“ gibt, organisiert die Diskurswerkstatt Bochum-Dortmund am 26. Juni 2015 an der TU Dortmund eine eintägige Tagung mit dem Arbeitstitel: „Wie einäugig ist die deutsche Berichterstattung über Griechenland?“<sup>2</sup>

1 Eine ähnliche Initiative unternahm die kRR 2010 zusammen mit dem DISS-Journal und der Zeitschrift AMOS mit dem Appell: Heraus aus der Sackgasse in Afghanistan! (Vgl. kRR 58/2010, 11ff.)

2 Nähere Informationen zum Ablauf der Tagung finden sich unter <http://appell-hellas.de>.

**3.**

Dieses Delirium von Sprachregelung und Einäugigkeit droht das Verhältnis zwischen unseren Völkern zu vergiften. Es ist einäugig, so zu tun, als ob die griechische Misere 100 Prozent ‚hausgemacht‘ wäre und als ob »unsere Märkte«, allen voran die großen westlichen Banken, daran keinen Anteil gehabt hätten - als ob ‚sie uns anstecken‘ wollten - und als ob »unsere Märkte« und »unsere« Brüningpolitik nicht ganz Südeuropa mit ihrer großen Krise, die eben keinesfalls überwunden ist, angesteckt hätten. Die Krise ist unsere gemeinsame Krise.

**4.**

Aber gibt es denn etwa keine hausgemachten griechischen Krisenverstärker? Doch, es gibt sie durchaus, nur ist es nicht das ganze Volk gleichermaßen, es sind die griechischen steuerbetrügerischen Oligarchen, die aber wie die russischen und ukrainischen gern gesehene Partner unserer »Märkte« waren und sind, und die (neben unseren eigenen Banken) vor allem von »unseren Rettungsgeldern« profitiert haben. Und die von Siemens, Rheinmetall usw. im großen Stil bestochen werden konnten. Und ausgerechnet jetzt, wo erstmals die Chance besteht, dass es diesen griechischen Oligarchen endlich an den Kragen gehen kann, toben »unsere Märkte« durch ihre Medien nicht etwa gegen die angeblich »proeuropäischen« politischen Vertreter dieser Oligarchen, sondern gegen genau die Politiker, die ihnen an den Kragen gehen wollen. Dabei geht die wesentliche Information völlig unter: Syriza ist antioligarchisch, und seine Gegner von der bisherigen Regierung sind prooligarchisch. Mit dem weltbekannten griechischen Mythos gesagt: Unsere Medien toben in ihrer Mehrheit nicht gegen den Augias und seinen bis nach Deutschland stinkenden Stall, sondern gegen den Herakles, der ihn ausmisten will.

**5.**

Sage uns also, mediopolitische Klasse: Wie hältst du es eigentlich mit der Demokratie? Du warst gegen diese Wahlen, weil sie »die Märkte« stören würden. Einer der typischen Prooligarchen, der Chef der sozialdemokratischen PaSoK Venizelos, brachte seine Demokratieauffassung anlässlich einer (nur für sehr kurze Zeit) erfolgreich platzierten Anleihe unübertrefflich naiv auf den Begriff, indem er triumphal verkündete: »Die Märkte haben Griechenland gewählt!« Also die Wähler dieser Art Demokratie sind die »Märkte«: Es muss also Agorakratie (Herrschaft der Märkte) heißen, nicht Demokratie.

**6.**

Die menschlichen Wählerinnen und Wähler dagegen wurden durch 4 Jahre aus Ber-

lin und Brüssel diktierte Brüningpolitik regelrecht verelendet. Deutsche Kinder lernen in der Schule, dass Hitler 1933 an die Macht kam, weil das deutsche Volk durch die Brüningpolitik verelendet war: 6 Millionen Arbeitslose, vor allem Jugendliche, gelten bis heute als katastrophale Schwelle. In Griechenland ist diese Schwelle heute längst (prozentual) überschritten. Hinzu kommt eine Zerschlagung der Massenkaufkraft durch Senkung der noch existierenden Löhne, Steuererhöhungen und Kürzung der sozialen Netze teilweise bis auf Null (bei Medikamenten). Schon Émile Durkheim hielt eine kurzfristig über den langjährigen Durchschnitt steigende Suizidrate für das sicherste Symptom einer schwer kranken Gesellschaft. Das Griechenland des EU-Spardiktats ist ein solcher Fall.

**7.**

Brüssel und Berlin (und als ihre Sprachrohre die meisten Medien) erklären diese nicht zu leugnende Katastrophe als vorübergehend, als kurzfristig notwendige Schocktherapie, um das Land wieder »wettbewerbsfähig« und wieder »normal« zu machen. Das ist die eigentliche Irreführung: Wenn es wieder »Wachstum« gibt, dann ausgehend von einem abgrundtiefen »Boden« - und nur noch für ein oberes Drittel, während die zwei unteren Drittel dauerhaft mit einer »neuen Normalität« vorlieb nehmen sollen, die man in Griechenland selbst als »Dritt-weltisierung« bezeichnet. Anders gesagt: Griechenlands »neue Normalität« nach Brüssels und Berlins Wünschen ist die einer niedrigen, heruntergestuften Normalitätsklasse ohne wesentliche Teile unserer deutschen sozialen Netze - und das auf Dauer.

**8.**

Gegen diese Herabstufung auf Dauer lehnt sich die Mehrheit der Griechinnen und Griechen auf. Als Instrument dieser Auflehnung betrachten nicht wenige Syriza. Um nichts anderes geht es bei der einäugigen Polemik gegen Syriza: Syriza will sich für eine europäische, nicht drittweltige Normalität einsetzen. Die wesentliche Forderung dabei ist die nach einem großen Schuldenerlass. Nur ein solcher großer Schuldenerlass kann dem Land Möglichkeiten von Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückgeben - während Zinsen und Tilgungen des riesigen Staatsschuldenbergs in alle Ewigkeit den größten Teil der Steuereinnahmen auffressen werden. Nur ein solcher Schuldenerlass bedeutet endlich eine Rettung der kleinen Leute statt nur der Banken und Oligarchen. Schuldenerlass plus Haftbarmachung der Oligarchie und der Banken - das sind die beiden Hauptfeiler für jede Verbesserung der Lage

in Griechenland. Diese beiden Forderungen unterstützen wir auch von Deutschland aus. Diese beiden Forderungen objektiv, fair und nicht einäugig zu erklären, halten wir für die Pflicht demokratischer Medien und demokratischer Politik. Über diese Forderungen muss die EU ggf. ohne ultimative Vorbedingungen auf Regierungsebene verhandeln, nicht durch eine demokratisch illegitime Technokratie wie die »Troika«.

**9.**

Deutschland und Griechenland sind historisch auf besondere Weise verbunden. Nicht bloß weil die gesamte klassische deutsche Literatur, Kunst und Philosophie auf altgriechischem Erbe beruht. Gerade auch Neugriechenland hat deutsche »Philhellenen« seit Hölderlin und dem Schubertdichter Wilhelm Müller (dem »Griechen-Müller«) bis heute inspiriert. Griechische Einwanderer seit den 1950er Jahren bis zur neuen Welle aufgrund der Krise haben den deutschen Wohlstand mitgeschaffen. Auch ein großer Teil der begeisterten deutschen Griechenlandtouristen kann als Philhellenen gelten. Uns kann es nicht egal sein, wenn die »proeuropäischen« (in Wahrheit prooligarchischen und bankenfrommen) Kräfte unter dem Diktat aus Brüssel und Berlin die Strände privatisieren und in all-include-Meilen verwandeln sowie ganze Inseln verscherbeln, um kurzfristig »Schulden abzubauen«, die langfristig umso mehr steigen. Syriza will diesem Wahnsinn ein Ende machen und erweist sich allein dadurch als wahrhaft proeuropäisch. Auch können gerade wir deutschen Philhellenen niemals vergessen, was deutsche Besatzungstruppen diesem Volk angetan haben (ohne dass bis heute auch nur die Zwangsanleihe zurückgezahlt wurde). Unsere führenden Politiker und Medienmacher haben es vielleicht vergessen, wir nicht: Der fürchterlich opferreiche Kampf des griechischen Widerstands gegen die Nazibesatzung hat einen absolut substantiellen Beitrag zur Befreiung Europas, und also auch Deutschlands, von Hitler und seinem Dritten Reich geleistet.

**10.**

Deutschlands Kriegsschulden wurden im Londoner Schuldenabkommen von 1953 zum großen Teil erlassen. Die internationale Anerkennung des 2+4-Abkommens statt eines eigentlich vorgesehenen Friedensvertrags hat Deutschland nicht bloß ein zweites Versailles, sondern überhaupt angemessene Entschädigungszahlungen für die Zerstörung des Kontinents erspart. Ein großer Schuldenerlass für Griechenland ist dagegen - um es in der Sprache der »Märkte« zu sagen - »peanuts«.

# Die Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx – auch genealogisch gesehen

Von Wolfgang Kastrup

**Totgesagte leben länger: Kritische Gesellschaftstheorie ist wieder lebendig. Marxistisches Denken hat seit der Weltwirtschaftskrise 2007/2008 und dem völligen Versagen der herrschenden neoliberalen Wirtschaftswissenschaft an Bedeutung gewonnen, innerhalb wie außerhalb der Universitäten. Marx entwickelte eine Kritik an den zentralen Kategorien der bürgerlichen Ökonomie, die für eine heutige kritische Gesellschaftstheorie von Bedeutung ist. Im zweiten Teil des Artikels geht es dann nicht um die Frage der epistemologischen Wahrheit der Kritik von Marx, sondern um eine Genealogie der Kritik, also um die Frage nach der Herkunft, der Entstehung der Kritik der politischen Ökonomie.**

Was meint Marx mit „Kritik der politischen Ökonomie“? Weshalb hat er die politische Ökonomie von Ricardo und Smith, von Say und Proudhon einer Kritik unterworfen? Er beschreibt das folgendermaßen: „Die Arbeit, um die es sich zunächst handelt, ist Kritik der ökonomischen Kategorien oder, if you like, das System der bürgerlichen Ökonomie kritisch dargestellt. Es ist zugleich Darstellung des Systems und durch die Darstellung Kritik desselben.“ (Brief an Lassalle v. 22.02.1858; MEW 29, 550) Dies bedeutet zweierlei: Einerseits eine Kritik an der Disziplin oder der Theorie der politischen Ökonomie (heute würde man Wirtschaftswissenschaft sagen) und deren Kategorien und andererseits durch die Analyse und die Kritik des bürgerlichen Wirtschaftssystems die Darstellung seiner eigenen wissenschaftlichen Theorie über die Struktur kapitalistischer Produktion. Für Helmut Reichelt wird damit deutlich, dass Marx „die Wirklichkeit dieses ökonomischen Systems“ kritisiert, ein System voller Widersprüche und Krisen, ein „verselbständiges Getriebe“, das auch als „verkehrte Welt“ charakterisiert werden könne. (2001, 11)

Für Tino Heim (2013, 141) ist der Kritikbegriff bei Marx so zu erklären: „Kritik ist hier keine der analytischen Darstellung vorausgesetzte oder nachgeordnete Beurteilung, vielmehr ein ihr immanentes Moment.“ Die Zumutungen kapitalistischer Gesellschaft sind immanente Strukturmomente, unterliegen der kapitalistischen Funktionslogik. Natürlich können auch Fehlentscheidungen von Unternehmern oder/und der herrschenden Politik verantwortlich sein, im Kern geht es aber um die Konsequenzen einer Produktionswei-

se, deren Sinn und Zweck die Verwertung von Wert ist. „Die kapitalistische Produktion entwickelt [...] nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (Marx, MEW 23, 529f.) Maßstab der Kritik für Marx ist also nicht ein moralischer Standpunkt oder die Forderung nach einem gerechten Lohn (siehe die heutige Politik der Gewerkschaften), sondern es geht um die kapitalistische Funktionslogik, um die Grundstruktur einer Produktionsweise, die die Lebensinteressen der Menschen untergräbt.

Die Kritik ökonomischer Kategorien wie Arbeit, Kapital und Wert entwickelt sich bei Marx zu einer Kritik der bürgerlichen Wissenschaft insgesamt. Nicht umsonst lauten die Titel seiner Veröffentlichungen Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf 1857-1858), Zur Kritik der Politischen Ökonomie (1859) und der Untertitel von Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie (1867). Anerkennend wie kritisierend bezüglich David Ricardo schreibt Marx: „Die politische Ökonomie hat nun zwar, wenn auch unvollkommen Wert und Wertgröße analysiert und den in diesen Formen versteckten Inhalt entdeckt. Sie hat niemals auch nur die Frage gestellt, warum dieser Inhalt jene Form annimmt, warum sich also die Arbeit im Wert und das Maß der Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgröße des Arbeitsprodukts darstellt?“ (MEW 23, 94f.) Gemeint ist damit, dass die bürgerliche Wissenschaft den gesellschaftlichen Charakter der Warenproduktion nicht erkennt, diese vielmehr als natürlich aller Produktion eigentümlich betrachtet.



Foto: BinaryApe/flickr.com (CC BY 2.0)

Eine vergleichbare Natürlichkeit im Sinne einer Quasi-Naturnotwendigkeit beschreibt Marx mit der „trinitarischen Formel“ am Ende des 3. Bandes im Kapital. Kapital, Boden und Arbeit (in der Wirtschaftswissenschaft auch als „Produktionsfaktoren“ bezeichnet) würden in der bürgerlichen Ökonomie als ‚naturnotwendig‘ angesehen, die Quellen des Reichtums seien voneinander unabhängige Größen. Für die Besitzer von Kapital, Grundeigentum und Arbeit sehe das so aus, als erhielten sie für den Einsatz ihres jeweiligen Produktionsfaktors, den diese der Ware an Wert zugesteuert hätten, ein entsprechendes Einkommen. Zwischen Arbeit und Lohnarbeit werde dabei kein Unterschied gesehen (vgl. MEW 25, 833). So entsteht also der Schein, als sei der Zins von Kreditgebern und der Gewinn von Unternehmern, die Rente des Grundeigentümers und der Lohn des Arbeiters nichts anderes als der in Geld ausgedrückte Anteil am gesamten Produkt, der ihnen gerechterweise zukomme. Heutige Lehrbücher der Wirtschaftswissenschaft verkünden genau diese Ideologie von den „Produktionsfaktoren“.

## Und die Genealogie?

Wie ist die Kritik der politischen Ökonomie genealogisch zu erklären? – Eine genealogische Betrachtung befasst sich nicht mit der Marxschen Kritik ökonomischer Kategorien der politischen Ökonomie und auch nicht mit seiner Theorie der kapitalistischen Produktionsweise, sondern sie versucht „Herkunft“ und „Entstehungsherd“ seiner Kritik politischer Ökonomie zu untersuchen. Matthias Bohlender (2013, 111) erklärt das folgendermaßen: „Es geht mir [...] um eine Genealogie der Kritik und damit um die Frage: Woher, aus welchen Ängsten und Beunruhigungen, Bedrohungen und Problematisierungen kommt der Wille, sich einer Macht wie der der politischen Ökonomie entgegenzustellen, ihr den Fehdehandschuh hin- oder das fürchterlichste aller Missiles (Geschosse, W.K.) an den Kopf zu werfen.“ Es geht dem Autor also darum, mit der Genealogie die Begleitumstände zu erforschen oder freizulegen, aus denen die Kritik von Marx entstehen konnte. Oder anders gefragt: Wie kommt der Sachverhalt bei Marx zustande?

Bohlender schreibt hierzu, dass Marx 1845 die Schriften von John Francis Bray studierte, dessen Arbeiten zu den letzten großen Veröffentlichungen der sog. ricardianischen Sozialisten zählten (u.a. *Labours Wrongs and Labours Remedies*). Marx sei u.a. deshalb von Brays Schriften fasziniert gewesen, weil Brays Kritik der Politik deutlich mache, dass bloße politische Reformen und gewerkschaftliche Verbesserungen die Grundlage und Struktur des „social system“ nicht berührten, da dieses „social system“ die Totalität umfasse, auf der die Art und Weise der Produktion und des Tausches beruhe. Dies müsse kritisiert werden, um die Umwälzung der Gesellschaft zu betreiben. Für Bohlender ist dies deshalb evident, weil Marx mit den Schriften von Bray den „falschen Bruder“, den Proudhonismus bzw. den französischen Sozialisten und Anarchisten Pierre-Joseph Proudhon kritisiert und entlarvt habe (vgl. Bohlender 2013, 112f.). Im Rahmen der Auseinandersetzung mit Proudhon und Bray befänden wir

uns „mitten im Entstehungsherd der Kritik der politischen Ökonomie“ (ebd., 115).

Aber Marx kritisiere nicht nur Proudhon, sondern auch Bray. Beide sähen nicht, „dass schon im individuellen Tausch von Arbeitsmengen, in der Wertbestimmung selbst also, der Klassengegensatz bzw. die gesamte Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise eingeschrieben ist. Man kann somit nicht das eine (individueller Tausch von Produkten privater Arbeit) ohne das andere (Klassengegensatz, Geld und kapitalistische Produktionsweise) haben.“ (Ebd., 119) Dieser Argumentation folgend wird deutlich, dass der Ausgangspunkt der Kritik der politischen Ökonomie in der gesellschaftlichen Form der Wertbestimmung liegt, wie sich der gesamte gesellschaftliche Antagonismus der kapitalistischen Produktionsweise sich in den Austauschbewegungen von Arbeitsmengen und Produkten widerspiegelt.

Wenn Bohlender von „politischer Angst“ und „Furcht vor den falschen Wahrheiten“ (ebd., 120) spricht, so ist vielleicht dies der Grund, und unabhängig von persönlichen Eitelkeiten, weshalb in der Geschichte des Marxismus die Auseinandersetzung um die Marxsche Analyse, um die „richtige“ oder „falsche“ Auslegung, so erbittert geführt wurde und z.T. auch noch wird.

## Literatur

Bohlender, Matthias 2013: Marx, ein Exzerpt und der „falsche Bruder“, in: Jaeggi, Rahel/ Loick, Daniel (Hg.): Karl Marx – Perspektiven einer Gesellschaftskritik. Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Sonderband 34, 109-121.

Heinrich, Michael 2009: Kritik bei Marx, in: Dumbadze, Devi u.a. (Hg.): Erkenntnis und Kritik, Bielefeld, 41-48.

Heim, Tino 2013: Metamorphosen des Kapitals, Bielefeld.

Reichelt, Helmut 2001: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, Neuauflage, Freiburg/ Breisgau.

Wolfgang Kastrup, Studiendirektor a.D., ist Mitarbeiter des DISS.

## Kapitalismus und / oder Demokratie?

Beiträge zur Kritik »marktkonformer«  
Demokratieverhältnisse



Wolfgang Kastrup | Helmut Kellershohn (Hg.)



Helmut Kellershohn,  
Wolfgang Kastrup (Hg.)  
**Kapitalismus und / oder Demokratie?  
Beiträge zur Kritik »marktkonformer«  
Demokratieverhältnisse**  
Edition DISS Band 36, Münster: Unrast  
140 S., 18 Euro.

In den Institutionen der bürgerlichen Demokratie vollzieht sich gegenwärtig, eine Entkoppelung von Demokratie und Kapitalismus – unter gleichzeitiger Beibehaltung ihrer formalen Funktionsmechanismen. Der britische Soziologe Colin Crouch hat dafür den Begriff »Postdemokratie« geprägt; andere Autoren reformulieren Nicos Poulantzas' Theorie des »Autoritären Etatismus«, und der italienische Philosoph Domenico Losurdo bemüht den Begriff »Soft-Bonapartismus«. Dies sind Beispiele dafür, das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus/ Neoliberalismus theoretisch neu zu fassen und zu kritisieren. Der vorliegende Band widmet sich den hier nur knapp angerissenen Fragen. Zum einen wird das Verhältnis von Demokratie, Neoliberalismus und Kapitalismus thematisiert; zum anderen wird der Frage einer Fundamental-Demokratisierung von Politik und Gesellschaft nachgegangen.

Mit Beiträgen von Alex Demirovic, Jürgen Link, Martin Beckmann, Peter Mörtenböck, Torsten Bultmann, Katrin Reimer, Helmut Kellershohn und Wolfgang Kastrup

# Ministerin Svenja Schulze besucht DISS-Archiv

Das DISS-Archiv „Extrem rechte Publikationen“ wird ab 2015 vom NRW-Wissenschaftsministerium unterstützt.

Am 22. Mai besuchte die nordrhein-westfälische Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung Svenja Schulze das DISS. Gemeinsam mit den Duisburger Landtagsabgeordneten Rainer Bischoff und Frank Börner besichtigte die Ministerin unser Archiv zur extremen Rechten, das seit Anfang 2015 eine öffentliche Förderung durch das Wissenschaftsministerium erhält. Die Förderung zur Sicherung des hauseigenen Archivs erfolgt über eine Kooperation mit dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) an der Hochschule Düsseldorf und ist zunächst auf 5 Jahre angelegt.

Prof. Dr. Fabian Virchow, Leiter des Forschungsschwerpunktes, betonte bei dem Treffen, dass nunmehr auch die Studierenden von den Beständen des DISS-Archivs profitieren könnten, da es Schriften und Periodika enthält die in keiner Uni-Bibliothek aufgenommen werden. Die Bestände des Archivs ermöglichen eine präzise inhaltliche Auseinandersetzung



Beim Quellenstudium im DISS-Archiv: MdL Rainer Bischoff, DISS-Leiterin Margarete Jäger, Ministerin Svenja Schulze und MdL Frank Börner (v.l.n.r.)

mit der extremen Rechten und bilden die empirische Grundlage zahlreicher Studien (und wissenschaftlicher Qualifikationsarbeiten), die nicht nur am DISS entstanden sind. Durch die finanzielle Unterstützung kann das Archiv auch weiterhin von Wissenschaftler\_innen, Journalist\_innen und

im politischen Sektor arbeitenden Personen genutzt werden. Im Gespräch betonte Svenja Schulze auch die politische Bedeutung eines solchen Archivs. Schließlich sei Rechtsextremismus eine Ideologie, die man erforschen und verstehen müsse, um politisch dagegen vorgehen zu können.

## Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

### Werden Sie Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen Geldgeber\*innen. Alle Förderer\*innen (ab 10 EUR mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar und leisten einen wichtigen Beitrag, um das Institut und seine Arbeit zu erhalten. Seien Sie dabei!

Ja, ich unterstütze das DISS ab \_\_\_\_\_ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 / 50 oder \_\_\_\_\_ €.

(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von \_\_\_\_\_ €.

Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Name: \_\_\_\_\_

Kto: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

bei: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Telefon / E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg